

Lübbeder Volksbote

Organ für die Interessen der werktätigen Bevölkerung

Der „Lübbeder Volksbote“ erscheint täglich nachmittags (außer an Sonn- und Festtagen) und ist durch die Expedition, Johannisstraße 46, sowie durch die Post zu beziehen. — Der Abonnementspreis beträgt bei der Lieferung durch die Austräger monatlich 10.00 M.

Redaktion und Geschäftsstelle:
Johannisstraße Nr. 46.
Fernsprecher Nr. 926.

Die Anzeigengebühr beträgt für die achtpaltige Zeitzeile oder deren Raum 250 Btg., Veranmietungs-, Arbeits- und Wohnungsanzeigen 200 Btg., Reklamen 1000 Btg. — Anzeigen für die nächste Nummer müssen bis 10 Uhr vormittags, größere früher, in der Expedition abgegeben werden.

Nr. 13.

Montag, den 16. Januar 1922.

29. Jahrgang.

Frankreichs neue auswärtige Politik.

Paris, 16. Januar.

Ueber die Unterredung, die gestern zwischen Poincaré und Lloyd George stattfand, werden folgende Einzelheiten bekannt:

Poincaré erklärte, er könne keine Entscheidung fällen. Er sei jedoch überzeugt, daß kein ernstlicher Konflikt zwischen beiden Ländern entstehen werde. Er hoffe, daß bei den künftigen Verhandlungen in den wichtigsten Fragen Übereinstimmung erzielt werden könne. Dies sei notwendig, bevor man den englisch-französischen Vertrag unterzeichnen könne. Man müsse die gesamte Lage prüfen und natürlich die Frage der Reparationen, des europäischen Wiederaufbaues und des nahen Ostens. Poincaré brachte dann verschiedene Wünsche auf Abänderung oder Erweiterung des Vertrages vor. Die Garantiedauer von zehn Jahren sei zu kurz. Auch sei ein Zusatz erforderlich, daß England und Frankreich gemeinsam vorgehen würden, falls Deutschland Polen angreife. Poincaré hält es ferner für wünschenswert, daß sofort Zusammenkünfte zwischen englischen und französischen Generalsstäben eingeleitet werden, um die praktischen Einzelheiten im Falle einer Mobilmachung zu ordnen.

Lloyd George erklärte, er wüßte vor allem die Frage der Reparationen und der Wiederherstellung der Lage in Europa erledigt zu sehen. Er lege großen Wert darauf, daß sofort eine Zusammenkunft zwischen dem neuen französischen Finanzminister de Lasteyrie und Sir Robert Horne erfolge. Poincaré erklärte sich bereit, diese Besprechung zu veranlassen. Weiter erklärte Lloyd George, Lord Curzon werde am Montag nach Paris kommen und Gelegenheit nehmen, mit Poincaré verschiedene auswärtige Fragen zu erörtern, namentlich hinsichtlich des nahen Ostens. Poincaré erklärte sich zu einer offiziellen Unterredung bereit.

Dann sprach man von der Konferenz von Genua. Poincaré erklärte, Frankreich werde diese Konferenz selbstverständlich beschiden, aber er selbst werde nicht dort erscheinen.

Die Unterredung dauerte fast zwei Stunden.

Das Kabinett Poincaré.

II. Paris, 16. Januar.

Das Kabinett Poincaré ist endgültig gebildet und setzt sich wie folgt zusammen:

Vorsitz und Auswärtiges: Poincaré.
Vizepräsidenten: Justiz und Elsaß-Lothringen: Leon Barthou.
Inneres: Maunoury.
Krieg und Pensionen: Andreas Maginot.
Marine: Rabberty.
Finanzen: de Lasteyrie.
Kolonten: Albert Sarraut.
Oeffentliche Arbeiten: Leopold Emil Troquet.
Unterricht und schöne Künste: Leon Berard.
Befreite Gebiete: Reibel.
Arbeiten: Apeyroune.
Gesundheitspflege und Versicherungsweesen: Paul Strauß.
Landwirtschaft: Chéron.
Handel: Lucien Dior.
Außerdem fünf Staatssekretäre.
In der Präsidentschaft: Cotat.
Post und Telegraph: Plaffon.
Handelsmarine: Ria.
Militärische Luftschiffahrt: Laurentz Eynac.

Poincares politisches Programm.

Paris, 15. Januar.

Poincaré hat im Laufe des gestrigen Tages viele Parlamentsdelegationen empfangen, denen er folgendes erklärte:

Ich habe nicht die Absicht, ein politisches Ministerium zu bilden. Allen Parlamentsmitgliedern, die zu mir kommen, sage ich, daß Personenfragen nicht auf dem Spiele stehen. Niemand kann die Schwierigkeiten der augenblicklichen Lage verheimlichen. Die Stunden, die wir durchleben, sind ebenso ernst, wie die des Jahres 1914. Die Einigkeit ist notwendiger als je. Vor allem müssen die Geister entwannt werden. Der Friede unter den Parteien ist für die zu vollbringenden Aufgaben unerlässlich.

Zu Angehörigen der linksstehenden Parteien habe Poincaré erklärt, er habe gegen niemand Verpflichtungen übernommen, aber er erinnere daran, daß der Zufall es gewollt habe, daß in den Kabinetten, die in den sieben Jahren seiner Präsidentschaft gebildet worden seien, immer Radikal-Sozialisten enthalten gewesen seien.

Was die auswärtige Politik anlangt, so habe er erklärt: Die Ereignisse drängen. Ich werde eine Unterredung mit Lloyd George haben, bevor ich offiziell Ministerpräsident sein werde. Lloyd George selbst hat den Wunsch ausgedrückt, bei der Durchreise nach London eine Unterhaltung mit dem Nachfolger Briands zu haben. Ich habe dem englischen Premierminister mitteilen lassen, daß ich sehr glücklich sein werde, ihm in der britischen Botschaft einen Besuch abzustatten, um mich mit ihm zu unterhalten. Diese Unterhaltung kann mehrere Stunden in Anspruch nehmen und meine Verhandlungen in die Länge ziehen. Ich glaube deshalb nicht, daß das Ministerium vor Sonntag abend gebildet sein kann. Da die Kammern erst am Donnerstag zusammentreten, habe ich dann Zeit, von den Dokumenten über die Fragen Kenntnis zu nehmen, die jetzt zwischen den Alliierten besprochen werden. Tagungen des Obersten Rates sind vorgesehen, aber ich glaube, daß es vorteilhaft sein wird, wenn sich die Regierungschefs nur dann bemühen, wenn die Botschafter vorher die ganze vorbereitende Arbeit geleistet haben. Der Oberste Rat darf sich nach meiner Ansicht grundsätzlich nur zum Austausch der Unterschriften vereinigen.

Rabinettsberatungen mit Rathenau.

Berlin, 16. Januar.

Gestern abend ist die deutsche Delegation aus Paris wieder in Berlin eingetroffen. Dr. Walter Rathenau begab sich sofort nach der Wilhelmstraße und hatte dort eine längere Unterredung mit dem Reichskanzler Dr. Wirth. Im Anschluß daran fanden bereits Besprechungen auch mit den zuständigen Reformministern statt. Die Beratungen zogen sich bis in die Nachmittagsstunden hin.

Steuerpläne.

Berlin, 15. Januar.

Die Steuerfragen werden in den nächsten Tagen Regierung und Parlament weitgehend beschäftigen. Schon in den letzten Tagen haben mehrfach Besprechungen der Koalitionsparteien und z. T. unter Hinzuziehung der Demokraten stattgefunden, ohne daß bisher ein Fortschritt zu verzeichnen wäre. Auch die am Sonnabendvormittag abgehaltenen Besprechungen über die Steuerfragen haben nicht zu dem von der bürgerlichen Presse bezeichneten Kompromiß geführt, und wir betonen ausdrücklich, daß die Sozialdemokratie nicht das geringste von ihrem bisherigen Standpunkt aufgegeben hat. Die anderslautenden Meldungen bürgerlicher Blätter dokumentieren ihre Falschheit schon selbst sofort, als sie mitteilen, daß die Besprechung unter Hinzuziehung der Demokraten und unter Vorsitz des Reichsfinanzlers stattfand. Weder der Reichsfinanzler war anwesend, noch nahmen die Demokraten an der Sitzung teil, noch wurde über ein Steuerkompromiß eine Verständigung erzielt. In der Hauptsache handelte es sich darum, die Differenzen auszumergen, die bei Beratung der Regierungsvorlagen durch die Steuerzuschüsse entstanden sind. Bekanntlich haben die Kommissionen einschneidende Streichungen vorgenommen, auf deren Abänderung die Regierung derzeit besteht, daß die in den Vorlagen vorgesehenen Einkünfte, wenn auch auf anderer Grundlage aufrechterhalten werden. Die Regierung wird deshalb den Ausschüssen entsprechende Vorschläge machen.

Am endlich dem Gerede von dem Umfall der Sozialdemokratie und dem Abschluß eines Steuerkompromisses jeden Boden zu nehmen, teilte mir mit, daß die sozialdemokratische Reichstagsfraktion für Mittwoch nachmittags 4 Uhr einberufen ist, um zu den Steuerfragen endgültig Stellung zu nehmen. Für unsere Fraktion gilt auch heute noch das, was die Parteiführer in den Besprechungen mit der Regierung und den Koalitionsparteien mehrfach zum Ausdruck gebracht haben: daß die ganze Steuerangelegenheit für uns nicht erledigt ist, solange man sich auf die bisher ausgearbeiteten Steuervorlagen beschränkt. Wir verlangen einen ausgebreiteten Finanzplan unter harter Herranziehung des Reiches, der nicht nur die Bilanzierung des innern Etats zum Zwecke hat, sondern auch versucht, unseren Reparationsverpflichtungen zu entsprechen.

Frachtguttsperre.

Altona, 16. Januar.

Die Eisenbahndirektion Altona teilt mit: Bis auf weiteres ist die Annahme von Frachtguttladungen nach allen Bahnhöfen in Hamburg, Altona, Harburg-Hbf. und Wilhelmsburg und aus den Bezirken Eßen, Eberfeld, Köln, Mainz, Frankfurt a. M., Trier, Saarbrücken, Ludwigshafen, Münster, Oelburg, Hannover, Magdeburg, Kassel, Erfurt und von den Stationen der Strecke von Lang bis Wendisch-Evert, sowie von Cuxhaven bis Neugraben verboten. Von der Sperre ausgenommen sind Steintohlen, Steintohlenkoks, Steintohlenbriketts, Feigöl, Kartoffeln, Zeitungsdrukpapier und dringliches Dienstrat.

Das Brot noch teurer!

Ein Brot — 14 Mark.

Berlin, 16. Januar.

Die Reichsregierung wird der Forderung der Entente auf Einstellung der Zuschusszahlungen für Brotgetreide zum 1. April nachkommen müssen. Darunter dürfte der Preis eine wesentliche Erhöhung erfahren. Wie einem Berliner Mittagsblatt mitgeteilt wird, wird sich dann wahrscheinlich der Preis für ein Brot auf 13 bis 14 Mark stellen. In absehbarer Zeit werden wahrscheinlich auch die Bäckereien gänzlich abgehoft werden.

Als das Ultimatum von London angenommen wurde, um die Gefahr einer Besetzung des Ruhrgebietes und der Vernichtung der deutschen Gesamtwirtschaft zu vermeiden, wurde darauf hingewiesen, daß das ganze Volk große Opfer zu bringen haben werde. Jetzt hat die Konferenz von Cannes trotz der französischen Lucretreibeieren die ersten Erfolge der Erfüllungspolitik gezeitigt. Fast zur gleichen Stunde kommt aber die Mitteilung, daß die Reichsgetreidestelle mit Wirkung vom 16. Februar die Preise für das von ihr abgegebene Getreide und Mehl erhöhen wird, damit, daß mit einer Verteuerung des Brotes um drei Viertel des alten Preises zu rechnen ist. Diese Verteuerung des Brotes wird notwendig durch die Forderung der Entente, daß die Lebensmittelzuschüsse des Reiches abzubauen sind. Halbamtlich wird dazu berichtet:

Bei der letzten Festsetzung des Brotpreises bestand bei der Regierung die Absicht, den Preis möglichst bis zum Ablauf des Wirtschaftsjahres beizubehalten. Die Durchführung dieser Absicht erweist sich als unmöglich, und zwar in der Hauptsache aus zwei Gründen: erstens infolge des ständigen Druckes der Entente auf Abbau der Reichszuschüsse und zweitens infolge der seit der letzten Festsetzung eingetretenen außerordentlichen Verschlechterung der Valuta.

Die letzte Festsetzung der Preise für Getreide und Mehl durch die Reichsgetreidestelle ist bei Beginn des neuen Wirtschaftsjahres — Mitte August 1921 — vorgenommen worden. Auf der Grundlage der damals festgesetzten Preise stellt sich das 1920-Gesamtbrot im Durchschnitt auf etwa 7 M.; in vielen Orten niedriger, in anderen, z. B. Berlin, etwas darüber. Die Versorgung der Bevölkerung mit rationiertem Brot erfordert die 4½ Millionen Tonnen, wovon 2¼ Millionen Tonnen durch die Umlage, der Rest durch eingeführtes Getreide gedeckt werden soll. Die Kosten des Auslandsgetreides liegen um ein Mehrfaches über dem Verkaufspreis der Reichsgetreidestelle. Der Abgabepreis entspricht einem Getreideeinkaufspreis, welcher nur wenig über dem für das Umlagegetreide gezahlten Preis liegt. Dieser Abgabepreis konnte nur gehalten werden unter erheblicher Zuzugabe von Reichsmitteln. Zu diesem Zwecke sind für die Zeit bis zum 31. März 1922 im Reichshaushaltsplan 3,27 Milliarden Mark bewilligt worden. Infolge der starken Verschlechterung der Valuta haben sich aber die Kosten für die Auslandskäufe sehr viel höher gestellt. Einem Beschluß des Reichstages folgend ist in jüngster Zeit von der Reichsgetreidestelle auch freies Inlandsgetreide aufgekauft worden. Diese Aufkäufe können aber schon mit Rücksicht auf die dadurch eintretende Preiserhöhungen nur mit Vorsicht erfolgen und nur beschränkte Mengen in die öffentliche Hand bringen. In der Hauptsache ist die Beschaffung des Restbedarfes aus dem Auslande nicht zu vermeiden.

Die Gesamtumsatzgabe für das Auslandsgetreide wird sich voraussichtlich so stellen, daß bei Beibehaltung der bisherigen Abgabepreise von dem Reich an Verbilligungszuschüssen etwa 16,4 Milliarden Mark für das ganze am 15. August 1922 abgelaufene Wirtschaftsjahr aufzuwenden sein würden, so daß außer den bereits bewilligten 3,27 Milliarden Mark noch weitere 13,15 Milliarden Mark erforderlich wären. Bei Berechnung dieser Summen ist das bereits gekaufte Auslandsgetreide mit dem tatsächlichen Kaufpreis, der noch zu beschaffende Rest auf der Grundlage der voraussichtlichen Weltmarktpreise und des derzeitigen durchschnittlichen Dollarkurses von 180 eingekauft worden. Bei einem Kursstand des Dollars von 100 M. würde die Zuzugabe des Reiches für die Brotverteuerung immer noch über 12 Milliarden Mark bis zum 15. August 1922 betragen; bei einem Kursstand des Dollars von 250 M. 20,2 Milliarden Mark. Abgesehen von der Finanzlage des Reiches, welche die Aufbringung derartiger Mittel als ausgeschlossen erscheinen läßt, zwingt der dauernde Druck der Entente zum Abbau dieser Zuschüsse als Voraussetzung für Erleichterungen unserer Verpflichtungen.

Aus diesen Gründen hat sich die Reichsregierung genötigt gesehen, den Gedanken einer Erhöhung der Mehl- und Brotpreise näherzutreten. Das Reichskabinett hat beschloffen, die Abgabepreise der Reichsgetreidestelle für Mehl und Getreide mit Wirkung vom 16. Februar 1922 ab zu erhöhen. Diese Erhöhung wird eine Steigerung des Brotpreises zur Folge haben, die nach den angestellten Durchschnittsberechnungen auf etwa Dreiviertel des jetzigen Preises zu veranschlagen ist, wobei sich je nach den örtlichen Verhältnissen in den einzelnen Kommunalverbänden Abweichungen nach oben oder unten ergeben können. Bei der Durchschnittsberechnung ist die voraussichtliche Erhöhung der Umlagen nach Möglichkeit bereits berücksichtigt.

Auch bei dieser Erhöhung der Mehl- und Brotpreise wird das Reich bei einer Zugrundelegung des derzeitigen durchschnittlichen Dollarkurses für die Abdeckung der Auslandseinkäufe immer noch 10,6 Milliarden Mark und selbst bei einem Dollarkurs von 100 Mark noch 6,25 Milliarden Mark aufwenden haben, also selbst im besten Falle noch etwa das Doppelte von der bisher bewilligten Summe. Die Erhöhung der Mehl- und Brotpreise bedeutet zweifellos eine schwere und sehr bedauerliche Belastung der Lebenshaltung der Bevölkerung. Angesichts der Gestaltung der politischen und finanziellen Verhältnisse ist sie aber nicht zu vermeiden.

Es wäre unverantwortlich, wollte man dieser Brotpreissteigerung die Berechtigung absprechen. Es werden ja nicht die Getreidepreise bei den Ungariern erhöhrt, das Reich verlangt lediglich, daß in größerer Umfange als bisher die Kosten des ausländischen Getreides vom Verbraucher getragen werden, weil die Entente den Abbau der Lebensmittelaufschüsse verlangt und weil infolge der Valutaverfallung selbst bei den erhöhten Brotpreisen immer noch ein Verbilligungszuschuß notwendig ist. Ein unvermittelter Abbau sämtlicher Aufschüsse kommt nicht in Frage. Es würde den Brotpreis mit einem Male auf 20 Mk. hinaufschreiben und soziale Erschütterungen nach sich ziehen, deren Ende nicht abzusehen ist.

Aber auch so ist die Belastung der Massen ungeheuer groß. Das Reich „eripart“ 6 Milliarden, die sonst hätten aufgebracht werden müssen, das heißt: sechs Milliarden Mark werden in erhöhten Brotpreisen als unentrinnbares Opfer auf das Volksganze umgelegt. Keine Steuer war härter als diese. Ohne Unterchied, aber mit sehr verschiedener Wirkung trifft sie den kleinen Rentner und den reichen Schieber, den Arbeiter und den im Ueberfluß lebenden Kapitalisten. Hier wird wieder einmal deutlich sichtbar, wie durch die unabhällige Tätigkeit der Notenpresse die breite Masse und von ihr gerade die am meisten notleidenden Schichten besteuert werden. Wird sich angesichts dieser Tatsache der Besitz nach seiner Verpflichtung zu entziehen lassen?

Es ist selbstverständlich, daß die Brotpreissteigerung bei der Notlage der arbeitenden Massen nicht hingenommen werden kann, ohne daß ein Ausgleich durch Lohnerhöhungen angestrebt wird. Hier erwächst den Gewerkschaften eine Aufgabe, die mit jedem Tage schwieriger wird, da sich die Spanne zwischen den Produktionskosten des In- und des Auslandes verringert. Dieser Unterschied hat der Industrie die tiefsten Realisationsgewinne ermöglicht, während breite Bevölkerungsschichten, insbesondere die kleinen Rentner und Invaliden der Arbeit dem Elend preisgegeben wurden. Eine entschiedene Lohnpolitik wird um so mehr vonnöten sein, als die gewaltige Erhöhung des Brotpreises auch preissteigernd auf andere Waren wirken und so die allgemeine Lebenshaltung verteuern wird. Jedenfalls ist die von amtlicher Seite aufgemachte Berechnung, wonach die Brotpreissteigerung bereits durch die letzten Lohnzulagen ganz oder zu einem erheblichen Teil abgegolten ist, unzutreffend. Erfolgt doch die letzten Lohnbewegungen nicht auf Grund der Preissteigerungen, die im Februar eintreten werden und von denen damals noch niemand etwas ahnte, sondern wegen der bisher schon beobachteten Verteuerung der Lebenshaltung.

Ueberrüssig ist es, zu untersuchen, inwieweit die jetzige Brotpreissteigerung hätte vermieden werden können, wenn an Stelle der überstürzten Aufhebung der Zwangswirtschaft ein wirksameres Umfahrungenverfahren und ein großzügiges landwirtschaftliches Produktionsprogramm durchgeführt worden wäre. Ueberrüssig ist die Unternehmung deshalb, weil sich die gegen den Willen der Sozialdemokratie eingetretene Entwicklung mit Protesten nicht zurückschrauben läßt. Um so mehr ist zu verlangen, daß jetzt mit allen Mitteln auf eine gesteigerte Ablieferung hingewirkt und verhindert wird, daß die deutsche Landwirtschaft die Notlage des Volkes ausnützt, um durch Zurückhaltung des Getreides eine künstliche Preissteigerung für Getreide im freien Handel herbeizuführen. Es wäre jedenfalls dringend zu wünschen, daß das Reichsernährungsministerium den Gründen der letzten Preissteigerungen am freien Getreidemarkt nachgeht.

(Vorwärts.)

Befreiungskämpfe in Georgien.

Die Grundkraft der Republik Georgien teilt mit: Die russischen Offizierskontingente in Swanetien (Westgeorgien) haben eine schwere Niederlage erlitten und müssen die Provinz räumen. Auf Marschzügen werden Erschießungen geübt, die der im Erst befindlichen demokratischen Regierung Jordenia unerbittliche Tode geloben und den fatalen Terror der russischen Offiziere verdammen.

Die Kredulenz der russischen Truppen in Swanetien führt zu einer Auflösung der übrigen Offizierskontingente: die Kantauer Garnison, die Befehl erhielt, nach der Front von Swanetien abzurückzuziehen, weigerte sich, dem Befehl Folge zu leisten. Die Soldaten besetzten eine Versammlung ein, in der fürmliche Reden gegen die Moskauer Regierung gehalten wurden. Die Redner erklärten kategorisch, es sei unmöglich, neue Opfer zu bringen, um gegen die Anführer der von Swanetien zu marschieren. Die Jagunge zu dem im Hochgebirge liegenden Swanetien seien nur für Adler auf dem Luftwege erreichbar.

Die Hilfsaktion für Rußland.

Die am 11. Januar von der norwegischen Regierung durch Moskau zur Verfügung gestellten Lebensmittelschiffe sollen von der russischen Regierung als Staatsanleihe anerkannt werden, die auf 10 Jahre gewährt wird und mit 6% verzinst ist. Kapital und Zinsen sind in Rußland freizusetzen. Das Anleihekaptital wird durch ausreichende Garantien sichergestellt. Ebenso soll dafür gesorgt werden, daß der Zinsendienst regelmäßig erfolgt. Im Dezember 1921 sind bei der Moskauer Zentralbankkommission für die Hungernden im ganzen 13 167 Millionen Rubel eingegangen. Die Gesamtsumme der Spenden betrug sich auf 42 858 Millionen. Beizangabf wurden im Dezember 16 Milliarden, insgesamt bisher rund 35 Milliarden.

Gasten der Rufe.

Berlin, 15. Januar.

Die Berliner Börse beantwortete die Nachricht vom Zusammenkommen eines vorläufigen Komittees mit einer rechtlichen Herabsetzung der Dividenden. Amica notierten Kabel New York 180,75, London 762,50, Holland 6660.

Die Ententjuristen gegen das deutsche Reichsgericht.

Berlin, 15. Januar.

Die zur Untersuchung der Reichsgerichtsursprüche über die Kriegsverbrechenden zusammengesetzte Kommission hat ihr Urteil dahin zusammengefaßt, daß das Reichsgericht mit ganz geringen Ausnahmen den Ententestaaten insofern keinerlei Genugtuung gegeben habe, als es nicht genügend Bemühungen zur Aufdeckung der Wahrheit unternahm, und als die ausgesprochene Strafe nicht genügend erscheine. Deshalb geht die einstimmige Ansicht der Kommission dahin, daß man zu keinem zweckmäßigen Resultat gelangen kann, wenn weitere Fälle dem Reichsgericht in Leipzig unterbreitet werden, und daß deshalb die Reichsregierung aufgefordert werden muß, die Angeklagten den Alliierten Mächten zu ihrer Aburteilung auszuliefern.

Dieses Urteil über das Reichsgericht ist auf rein juristischen Grundflächen aufgebaut und ist keineswegs unter Berücksichtigung der politischen Verhältnisse gefaßt worden. Vorläufig handelt es sich, und das gerichtet uns zur Veruhigung, lediglich um einen Antrag der alliierten Juristen an den Obersten Rat. Wir müssen offen gestehen, daß alle die Leute, die wir auf der Kriegsverbrecherliste wiederfinden, bei uns keine Sympathien erwecken, müssen andererseits aber auch unser Erstaunen darüber zum Ausdruck bringen, daß die Juristen der Alliierten entgegen der Auffassung der Ententöffentlichkeit urteilen. Ein großer Teil der Ententpresse, und besonders englische Blätter, haben nach der Beurteilung die Unparteilichkeit des Leipziger Reichsgerichts mehrfach hervorgehoben, und selbst der in Leipzig bei den Verhandlungen anwesende englische Generalkonsul hat sich im englischen Unterhause über den Gang der Verhandlungen anerkennend ausgesprochen.

Für uns Deutsche ist die Kriegsverbrecherfrage vor allem Dinge politisch sehen, erblicken wir in dem Urteil der Ententjuristen eine neue Störung der friedlichen Entwicklung in Deutschland. Die Behandlung der Kriegsverbrecherfrage durch die Ententmächte vermag große Teile des deutschen Volkes auf die Seite der Nationalisten zu schlagen, und insofern eine Gefahr für die Republik zu bilden, die heute Gott sei Dank noch nicht besteht. Bezieht der Oberste Rat in dem Sinne, wie es die kaum politisch denkenden Juristen vorschlagen, dann wird die friedfertige Arbeit der deutschen Reichsregierung restlos vernichtet, und es wird sich innerhalb Deutschlands eine neue Gefahr entwickeln, die kaum dazu angetan ist, den bisherigen Weg der Friedfertigkeit zu fördern.

Leider ist Deutschland machtlos und nicht befähigt, in der Kriegsverbrecherfrage einen maßgebenden Einfluß geltend zu machen. Die letzte Entscheidung liegt bei dem Obersten Rat, dieser englische Mitglieder besonders in den letzten Tagen ihr Ideal für die Zukunft dahin zum Ausdruck brachten, daß sie der Welt den Frieden wiedergeben wollen, um somit zu dem Wiederaufbau Europas beizutragen. Waren diese Worte ernst gemeint, dann müssen politische Gesichtspunkte bei der Entscheidung über die Kriegsverbrecherfrage ausschlaggebend sein! Man sollte annehmen, daß tatsächlich auch den Ententestaaten die Förderung des Friedens wichtiger erscheint, als jene Genugtuung, die gewisse Volksteile im Auslande empfinden würden, wenn kaum 50 sogenannte Kriegsverbrecher, die nicht mehr auf dem Kerbholz haben, als toulende von Ententangehörigen, auf Jahre in die Gefängnisse geworfen werden.

Internationale Rundgebung der U. S. V. D.

Berlin, 16. Januar.

Der Bezirksverband Berlin-Brandenburg der U. S. V. D. veranstaltete gestern eine große internationale Rundgebung für die Verbrüderung des Proletariats, gegen Gewaltfrieden und Kriegshege, auf der eine Reihe ausländischer Sozialisten das Wort ergriff. Den Reden der Redner eröffnete Paul Faure, Frankreich, der u. a. ausührte:

Der Friedensvertrag von Versailles und die verschiedenen Kontingenzen haben kein greifbares Resultat erzielen können, weil hinter diesen Beschlüssen Gewalt und Haß als Triebkräfte gestanden haben. Wir werden dem wahren Frankreich Bericht erstatten, dem französischen Volke, den Massen, die den Frieden wollen, wie ihr hier in Deutschland.

Arthur Christien erinnerte daran, daß die U. S. V. D. es schon im Kriege als ihre Aufgabe betrachtet habe, die internationalen Beziehungen zu der Arbeiterheit wieder herzustellen. Nachdem Grimm-Schweiz die Gränge der Schweizer Sozialdemokratischen Partei überbracht hatte, sprach als zweiter französischer Redner Renaudel.

Als nächster Redner sprach das Mitglied der menichewischen Partei Kuplauds Abramowitsch. Als dritter französischer Delegierter sprach Grumbach. Der Berliner Vertrag habe Europa den neuen Mantel des Völkerbundes umgehängt, unter dem aber das alte Hemd des Kapitalismus und Militarismus hervorstechte. Dagegen anzukämpfen ist Pflicht aller Menschen.

Dann sprach noch Friedrich Adler, Deutsch-Österreich. Nach einem Schwur Lebedours, der an die Januarerkämpfe des Jahres 1919 erinnere, schloß die Rundgebung mit einem Hoch auf die revolutionäre Internationale.

Die künftige Beamtenlaufbahn.

Berlin, 15. Januar.

Der Reichstag hat bekanntlich die Reichsregierung in einer Entschließung ermahnt, für die künftige Laufbahn der Beamten aller Reichsverwaltungen allgemein gültige Grundsätze zu erlassen, unbefehdet abweichender Regelung in besonderen Fällen bei begründeten Bedürfnis. Diese Grundsätze sollen für Beförderungen sowohl den Nachweis der Befähigung durch Ablegung der Prüfung, als auch die Bewahrung von Dienst gelten lassen. Die Grundsätze sind mit dem beteiligten Organisations der Beamten zu vereinbaren und dem Reichstag zur Nachprüfung vorzulegen. Nachdem zunächst eine Bereinigung zwischen den Reichsverwaltungen und den einzelnen Landesregierungen stattgefunden hatte, wurden am 12. Januar die Spartenorganisationen zu einer

Sitzung im Reichsministerium des Innern eingeladen. Nach der Tagesordnung sollten folgende Punkte zur Beratung kommen:

1. Vorbildung für die einzelnen Beamtengruppen,
2. Einberufungsalter,
3. Prüfungen.

Trotz fast fünfständiger Verhandlung wurde nur Punkt 1 erledigt und die Weiterberatung auf den 21. Januar vertagt. Es bestand ein allgemeines Einverständnis darüber, daß für die Gruppen 1-5 keine besondere Vorbildung verlangt werden soll. Gruppe 6 gilt als im allgemeinen nicht als Einangruppe und kommt nur für gewisse Militäranwärter in Frage. Für Gruppe 7 hielten die Vertreter des Allgemeinen Deutschen Gewerkschaftsbundes eine 9klatische Mittelschulbildung für ausreichend. Die Regierungsvertreter und die Vertreter des D. S. V. (schriftlich) sowie des Gewerkschaftsrates stimmten dem zu während der Deutsche Beamtenschaft das Abitur verlangt. Die Technikerfrage soll besonders behandelt werden.

Erklärung des Bergarbeiterverbandes.

Vom Verband der Bergarbeiter Deutschlands wird uns geschrieben:

In dem Bericht über die Verhandlungen des Parteitages der U. S. V. D., Sitzung vom 10. d. M., heißt es: Der Delegierte Wojzel aus dem Saargebiet erklärte, der Bergarbeiterverband habe sich im Gegenjah zur Politik des Deutschen Heimatdienstes für die Frankenswährung eingesetzt. Diese Darstellung der Verhältnisse im Saargebiet ist falsch und daher irreführend. Der Verband der Bergarbeiter Deutschlands hat sich niemals für Frankenswährung ausgesprochen; wohl aber hat sich der Bezirk Saarbrücken des Bergarbeiterverbandes, als ihm von der französischen Bergbauverwaltung eine entsprechende Lohnerhöhung in Mark abgeschlagen, und die Einführung der Frankenswährung angeboten wurde, nach sehr langer Beratung für die Annahme der Frankenswährung erklärt. Um diese Zeit war es dem Hauptvorstande des Bergarbeiterverbandes, Sig. Bochum, nicht möglich, an den Lohnverhandlungen im Saargebiet teilzunehmen, wie ihm auch jetzt wieder die Einreiseerlaubnis in das Saargebiet verweigert ist. Ueber die Wirkungen der Frankenswährung waren die Meinungen auch im Saargebiet sehr geteilt; aber abgesehen von einigen Personen, hat sich die Mitgliedschaft des Bergarbeiterverbandes im Saargebiet immer geschlossen gegen die Frankenswährung ausgesprochen. Wir wissen übrigens aus zuverlässiger Quelle, daß auch Herr Wojzel, der vor noch nicht langer Zeit als Parteisekretär der U. S. V. D. von Gelsenkirchen in das Saargebiet übersiedelte, sich noch im September 1921 in Parteitreffen gegen die Frankenswährung erklärt hat. Wie er nun dazu kommt, in nicht mißzuverstehender Weise den Bergarbeiterverband bezug. die Gegner der Frankenswährung als Vertreter des Heimatdienstes hinzustellen, ist uns nicht erklärlich. Wir stellen aber ferner fest, daß Herr Wojzel auch darin die Unwahrheit sagt, wenn er erklärt, daß die Unabhängigen und Kommunisten für die Frankenswährung eintreten. Das trifft nur für einige Personen in der unabhängigen und kommunistischen Partei zu. Die Vorgänge in den Revierkonferenzen des Bergarbeiterverbandes, in den Gemeindeparkamenten und in den Kreistagen des Saargebietes beweisen zweifellos, das auch die Anhänger der U. S. V. D. und der kommunistischen Partei, abgesehen von einzelnen Persönlichkeiten, sich dem Protest der übrigen Saarbewohner gegen die Maßnahmen der Saarregierung angeschlossen haben, und zumal die Erfahrungen in den Revierkonferenzen der Bergarbeiter lassen keinen Zweifel darüber, daß die Arbeitermassen, gleichgültig, welcher politischen Partei sie angehören, von der Einführung der Frankenswährung nichts wissen wollen. Daß Herr Wojzel vor der breiten Öffentlichkeit solche unrichtigen Mitteilungen über die Situation im Saargebiet macht, können wir uns nur erklären aus der kurzen Zeit, die Wojzel im Saargebiet weilte.

Jagows Urlaubsgesuch abgelehnt.

Traugott v. Jagow, der zurzeit die ihm auferlegte Festungsstrafe in Gollnow i. Pommern verbüßt, hatte bekanntlich zu Beginn dieses Monats gegen Sicherheitsleistung von 500 000 Mk. die Gewährung eines 14tägigen Strafurlaubes zur Erledigung dringender wirtschaftlicher Angelegenheiten nachgesucht. Wie der Korrespondenz „B. S.“ jetzt von unterrichteter Seite mitgeteilt wird, hat das Reichsjustizministerium dieses Urlaubsgesuch abschlägig beschieden.

Reichsparteitag des Zentrums.

Berlin, 16. Januar.

Im großen Sitzungssaale des Reichstages trat gestern der Reichsparteitag des Zentrums zu einer aus allen Teilen des Reiches gut besuchten Tagung zusammen. Eröffnend waren u. a. Reichskanzler Dr. Brüning, Reichsarbeitsminister Brauns, Reichsernährungsminister Hermes, Reichspostminister Giesberts, sowie der frühere Reichskanzler Fehrenbach. Zum Vorsitzenden wurde der Abg. Dr. Borrich gewählt.

Reichsarbeitsminister Brauns erstattete den Bericht über die Tätigkeit der Reichstagsfraktion und über die politische Lage. Obwohl ein abschließendes Urteil über Cannes noch nicht gefaßt werden könne, bedeute die Konferenz doch einen Lichtblick, da gewisse Zahlungsverleicherungen gewährt worden wären. Brauns betonte, daß wir uns in die wirtschaftlichen Folgen eines verlorenen Krieges fügen müssen, daß man aber einem Lastier nicht sozial zumuten dürfe, daß es unter der Last zusammenbräche. Der Achtundzestag dürfe nicht verlassen werden. Auch das Arbeitsgesetz lasse diesen Grundlag nicht vermissen. Demgegenüber bestehe aber die Arbeitspflicht. Der Forderung nach Erfassung der Sachwerte werde das Zentrum soweit wie irgendmöglich entgegenkommen! Zum Schluß sprach Brauns ausführlich auf die sozialen und kulturellen Forderungen des Zentrums ein und schloß: Aushalten, kämpfen und ringen für bessere Lage unseres lieben deutschen Volkes und Vaterlandes.

Zu der Aussprache wandte sich Reichskanzler a. D. Fehrenbach mit heftiger Schärfe dagegen, daß Mitglieder einer Koalition häufig Sabotage gegen die Regierungstätigkeit betreiben. In der Deutschen Volkspartei seien genügend Elemente, die zu diesem Faktor zählen. Eine Verbreiterung nach dieser Richtung sei nur möglich bei Persönlichkeiten, die auf dem Boden der Verfassung stehen.

Reichsernährungsminister Hermes betonte, daß die Brotpreissteigerung der Regierung sehr schwer geworden sei, aber auch wenn der Druck der Entente nicht so schwer gewesen wäre, die Finanzen doch zu einer Erhöhung gezwungen haben würden.

Nach einer weiteren Aussprache wurde ein vom Reichstagsabgeordneten Faust eingekanntes Verordnungsentwurf für Parteiteilnahme und Fraktion einstimmig angenommen. Abends fand im Reichstag eine Akademikerversammlung statt.

Rußlands Hungerleihe.

Die von der norwegischen Regierung durch Kauf von Verpflegung gestellten Lebensmittellieferungen sollen von der russischen Regierung als Staatsanleihe auf zehn Jahre gegen 6 o. S. anerkannt werden. Kapital und Zinsen sind in Rußland steuerfrei. Das Anleihekaptital wird durch ausreichende Garantien gesichert, ebenso soll dafür gesorgt werden, daß der Zinsendienst regelmäßig erfolgt.

Im Dezember sind bei der Moskauer Zentralhilfskommission für die Hungernden im ganzen 12 167 Millionen Rubel eingegangen. Die Gesamtsumme der Spenden beläuft sich nunmehr auf 43 858 Millionen Rubel. Vorausgibt sind im Dezember 16 Milliarden Rubel, insgesamt bisher rund 35 Milliarden Rubel.

Das Deutsche Rote Kreuz teilt namens des Internationalen Komitees für die Rußlandhilfe folgendes mit:

Als englischer Vertreter ist Sir Benjamin Robertson in Moskau eingetroffen. In einer Unterredung mit Kamenski, Herrin Gordin, teilte Kamenski mit, die Sowjetregierung habe für die Hungerhilfe bisher 150 Millionen Goldrubel ausgegeben und bereite die Ausgabe weiterer 40 Millionen Goldrubel für den Ankauf von Lebensmitteln im Auslande vor. Kamenski betonte die Wichtigkeit, Traktoren für die Frühjahrspflanzung zu beschaffen; ohne Traktoren würde die bestellte Fläche geringer als im Vorjahre sein und damit das Lebensmittelproblem sich noch schwieriger gestalten. Oberst Haselt teilte mit, daß von amerikanischer Seite mehr als eine Million Kinder in den Hungergebieten, in Moskau und in Petersburg ernährt würden. Fünf Schiffsladungen mit 40 000 Tonnen Lebensmitteln würden in den nächsten fünf Wochen erwartet.

Die Schwierigkeit des Transportes besteht nach Feststellungen in Rußland weniger auf den Eisenbahnen, sie beruht vielmehr mehr auf dem örtlichen Mangel an Futter für die Pferde.

Die Regierung Sowjetrußlands.

Der „Rat der Volkskommissare“ hat folgende Zusammenfassung: Vorsitzender: B. J. Ujanow (Lenin); Stellvertreter: Rykow und Zujkoff; Ernährungswesen: Brjuchanow; Volksaufklärung: Lunatscharsky; Außenhandel: Krassin; Arbeiter- und Bauerninspektion und nationale Minderheiten: Sialin; Finanzen: Krestinski; Arbeit: Schmidt; Krieg und Marine: Trozky; Inneres und Verkehrsweisen: Djerzinski; Volksgeundheit: Semaschko; Post und Telegraphen: Dowgalowitsch; Auswärtiges: Tschitscherin; Justiz: Kulezky; Vorsitzender des Obersten Volkswirtschaftsrates: Bogdanow.

Allerhöchsterlei als Grenzleber.

„Wir kämpfen nicht um Landgewinn“ hat Ludendorff in Frankfurt a. D. beteuert. Wie weit das auf die höchsten und allerhöchsten Herrschaften in Deutschland zutrifft, dafür ein kleiner Beleg, der des humoristischen Beigeschmacks nicht entbehrt. Der Herausgeber der „Krone“, eines monarchistischen Heftblättchens, sendet den „Münchener Neuesten Nachrichten“ eine Berichtigung, die den verstorbenen Bayernkönig Ludwig als Urheber phantastischer Annexionspläne zeigt. Es heißt in der Berichtigung:

„Seine Majestät haben mir seine Allerhöchste Zustimmung zur Wiederherstellung der alten deutschen Reichsgrenze von 1552 (!!) allergrößt möglich durch seinen Oberstkammerer übermitteln lassen. Graf Serling legte mir eine Landkarte seiner Majestät vor, in der Allerhöchsterlei die gedachte Grenze Allerhöchsterlei eingekreist hatte. Leider hat mir die Frankfurter Zensur den Hinweis auf die Kriegsziele des Königs gestrichen, mir überhaupt deren Verbreitung verboten.“

Der Chronist unserer Zeit wird als untergeordnetes Moment festzuhalten haben, wie „Allerhöchsterlei“ zum Bleistift greift und gnädigst geruht, eine Grenzlinie zu ziehen, durch die eine Million Franzosen in das Deutsche Reich hineinannektiert werden. (Die Grenze von 1552 umfaßt z. B. die damals an Frankreich verloren gegangenen Bistümer Toul und Verdun!) Und es ist eigentlich unverständlich, daß es anders gekommen ist, wo Sentimentalismus von Bayern Allerhöchsterlei es doch so anzuordnen geruht hat.

Die Erhöhung der Güter- und Tierstarke.

Berlin, 14. Januar.

In der gestrigen Sitzung des Reichseisenbahnrates wurde die Vorlage der deutschen Reichsbahn auf Erhöhung der Eisenbahngüter- und Tierstarke um 33 1/2 Prozent im Durchschnitt angenommen. Die Erhöhung erstreckt sich auch auf die Ausnahmetarife, insbesondere auf den Kohlenausnahmetarif.

Liga „Junge Republik“.

Eine Sammlung republikanischer Politiker, Schriftsteller, Künstler und Beamten bezweckt eine Leber in Berlin begründete Liga „Junge Republik“. Wie wir einer Zuschrift des Arbeitsausschusses entnehmen, will die Liga nämlich die jüngeren aktiven Elemente heranziehen, um sie für die republikanischen Aufgaben zu stärken. Die Liga lehnt es ab, zu den bestehenden Organisationen zentralistischer Art eine neue hinzuzufügen; sie will ihre Arbeit im Rahmen eines politischen Klubs verrichten, der alle diejenigen vereinigen soll, die auf politischem, sozialpolitischem, wirtschaftlichem und kulturellem Gebiet entscheidend neuezeitliche Grundzüge vertreten und willens sind, bei der Neuformung der Dinge in Deutschland tatkräftig mitzuwirken. Dem Arbeitsausschuß gehören u. a. die Herren Karl Vetter, Hauptmann a. D. Willi Meyer, Dr. Hans Simons jun., Cuno Tiemann, Karl v. Offelt, Walter Trojan und Dr. Kurt Tscholsty an.

Dumping.

Dumping ist eine der meist erörterten wirtschaftlichen Erscheinungen seit dem Zeitalter des Hochkapitalismus. Es bedeutet Warenlieferungen ins Ausland zu Preisen, die unter den Herstellungskosten, der Produzenten des Absatzgebietes stehen. Diese Preisunterbietungen im Ausland waren in der Vorkriegszeit das wohlüberlegte Werk großer, nach Wirtschaftsgebieten organisierter Kapitalmächte: der Kartelle und Syndikate. Sie haben aus zweierlei Motiven Dumping betrieben. Einmal wurde ein gewisser Ueberfluß der Produktion im Auslande um jeden Preis losgeschlagen um das Angebot an dem zumeist zollgeschützten inneren Märkte zu begrenzen und so die große Masse des syndizier-

ten Produktes im Inlande teuer verkaufen zu können. Andermal verfolgte die Ausfuhr zu Schluderpreisen in erster Linie den Zweck, einen fremden Markt zu erobern. Das organisierte Großkapital konnte es sich dabei leisten, auf einige Zeit mit Verlust zu arbeiten, um die Konkurrenz aus dem Felde zu schlagen oder auf die Knie zu zwingen.

Nach dem Kriege erhielt das Wort Dumping einen anderen Sinn. Aus dem Kampfmittel der Starken wurde jetzt ein Zeichen des wirtschaftlichen Zusammenbruchs und der Schwäche. Das Valutadumping wurde nun eine der brennendsten Fragen der Weltwirtschaft, weil die wirtschaftliche Erweiterung der Valuten der zusammengebrochenen Länder unausgesetzt neue Verwertung der Märkte verurteilte.

Man greift daher mit Interesse nach einem Buche, das einen Problembereich behandelt, mit welchem alle Faktoren der jüngsten Wirtschaftsentwicklung zusammenhängen. Sowohl eine begriffliche Klärung wie eine übersichtliche Darstellung der mit dem Dumping verknüpften Tatsachenreihen sind bei der Wichtigkeit des Themas von Bedeutung. Die Arbeit des Dr. Ludwig D. Pöhl: „Das Dumping“ (J. Schweizer-Verlag, München 1921) erfüllt bedauerlicherweise keine dieser Anforderungen. Auf eine begriffliche Durchsartzung verzichtet der Verfasser von vornherein und begnügt sich mit der auszugswweisen Wiedergabe der Auffassungen einer Anzahl von Nationalökonomien über das Wesen des Dumping.

Obwohl auch in der Darstellung des Tatsächlichen fehlt der einheitliche Zug, der bei einer solchen komplexen Erscheinung unbedingt erforderlich ist, um dem Leser ein klares Bild zurückzulassen. Bei dem Dumpingproblem handelt es sich doch um nichts weniger als um die Erfassung der jüngsten weltwirtschaftlichen Entwicklung unter einem bestimmten Gesichtspunkte! Dr. Pöhl reißt aber bloß Einzelheiten aneinander. Seine Stellungnahme fordert in vielen Fällen scharfe Kritik heraus, schon weil sie einer Befangenheit den kapitalistischen Monopolverbänden gegenüber entpringt.

Deutsch-englisches Bankabkommen.

Ueber den Zweck der Reise des Reichsbankpräsidenten Hakenstein nach London liefern seinerzeit die verschiedensten Gerüchte um. Jetzt kann mitgeteilt werden, daß zwischen der Reichsbank und der Bank von England ein Abkommen dahin getroffen worden ist, daß in Zeiten vorübergehender Zahlungsüberlastung der Reichsbank, etwa hervorgerufen durch den Bedarf an Devisen oder aus anderen Gründen, die Bank von England in gewissem Umfang Sicherheitsleistungen übernimmt. Dafür verpflichtet sich die Reichsbank, einen Teil ihres Goldschatzes als Sicherheit zu hinterlegen. Das Gold bleibt jedoch Eigentum der Deutschen Reichsbank. Dem Reichsrat ist eine Vorlage zugegangen, die das Reichsbankgesetz in entsprechendem Sinne abändert. Das in der Bank von England hinterlegte Gold wird auch in Zukunft in den wöchentlichen Ausweisen der Reichsbank als Reichsbankeigentum erscheinen.

Ein ähnliches Abkommen ist zwischen der Reichsbank und der holländischen Staatsbank getroffen, das sich aber nur auf holländische Guthaben in Deutschland bezieht.

Frankreichs Rentner-Politik.

Der von dem französischen Senat unter Führung von Poincare und Millerand erzwungene Rücktritt Briands hat das Verhältnis Frankreichs zu den in Cannes aufgeworfenen Fragen in helle Beleuchtung gerückt. Nachrichten, die bereits seit Anfang der Woche aus Paris eingegangen sind und die von Treibereien der Senatsleute gegen Briand zu melden wußten, waren ziemlich unklar, wenn auch für die Kenner der Verhältnisse nicht ungläubhaft. Es ist begreiflich, daß sie der deutschen Öffentlichkeit vorenthalten worden sind.

Von vornherein waren die Hoffnungen, daß sich Cannes in seinen Ergebnissen von den andern Nachkriegskonferenzen unterscheiden werde, gering. Dominierte doch schon in der Eröffnungsrede Lloyd Georges der Ton, der uns Deutschen nur allzu bekannt klingt, wenn ein Staatsmann der Entente das Wort nimmt. Wir, die Alliierten und abermals die Alliierten. Die Alliierten das Subjekt, Deutschland das Objekt der Weltpolitik. Dieser Ton der Eröffnungsrede entsprach aber durchaus nicht den Beweggründen, denen die Konferenz ihre Einberufung verdankt. Was jeder nicht ganz von Haß und Rachsucht verblendete Wirtschaftskenner von Anfang an erkannt hatte, daß nämlich der feinnervige Apparat der europäischen Wirtschaft den Schlag des Versailles sogenannten Friedensvertrages nicht aushalten könne, war nämlich auch den Ententeleuten offenbar geworden. Insbesondere England hatte vermöge seiner engen Verflechtung mit den Wirtschaftsarterien Europas die Folgen des Eingriffs von Versailles alsbald zu spüren bekommen. Sein Handel ging erheblich zurück, und im Laufe des letzten Jahres ist seine Arbeitslosenziffer in katastrophale Höhe geschneit. Nicht besser sah es in anderen Siegerstaaten aus. Ueberall machten sich in dem Tempo des Steigens der Valuta die Anzeichen wirtschaftlicher Ungesundheit geltend.

Man ergriff also gern die Mitteilung Deutschlands, die fälligen Reparationsraten in der geforderten Höhe nicht zahlen zu können, zur Einberufung einer neuerlichen Konferenz.

Hatte man schon aus dem unendlichen Hin- und Herreden der ersten Konferenztage den Eindruck, daß auch diese Zusammenkunft zur Anrufbarkeit verurteilt sei, so hat das Eingreifen des französischen Senats, der unter dem Vorsitz des Herrn Poincare zusammentrat, die bekannte Entschlieung Herrn Briand nach Cannes sandte, und nun den Rücktritt Briands herbeigeführt hat, die letzten Zweifel an der Untauglichkeit Frankreichs, an dem Wiederaufbau Europas mitzuwirken, beseitigt. Es scheint in Deutschland noch immer Optimisten zu geben, die dem Abschiede Briands eine möglichst harmlose Deutung geben möchten, indem sie die Ansicht vertreten, Briands Rücktritt sei lediglich wegen der Sorgen erzwungen worden, er könne unter den Siegerstaaten Frankreich an eine zweite, insbesondere an eine England untergeordnete Stelle herabdrücken lassen. Selbst wenn man die Prestigegefahr Frankreichs noch so hoch in die politische Rechnung einstellt, so genügt diese Erklärung nicht. Man tut vielmehr gut, sich bei Vorfällen wie der jetzigen Störung der Canneskonferenz über die Motive volle Klarheit zu verschaffen. Die entscheidenden Ursachen für die Abhaltung Briands aber finden wir in der wirtschaftlichen Besonderheit des Rentnerstaates Frankreich. Defensiv betrachtet und mit anderen Industriestaaten verglichen, ist Frankreich kein aktives Element; seine Wirtschaft neigt zum Zustand des Beharrrens. Die feste Rente und ihre Sicherung be-

herrscht das Wirtschaftsleben Frankreichs in viel höherem Maße als das irgend eines anderen bemerkenswerten Landes. Deshalb besteht die französische Rentnerseele allen Lehren der wirtschaftlichen Wirkungen des Versailler Vertrages zum Trotz auf ihren Schein. Der Schuldner soll gepreßt werden bis aufs Blut. Es ist dem Gläubiger gleichgültig, ob dem Schuldner sein Werkzeug gepfändet, ob ihm die Grundlagen seiner Existenz genommen werden. Der Rentnerinstinkt setzt sich auf alle Fälle durch: „Die Reparationen, auf die Frankreich Anspruch hat, müssen unantastbar bleiben.“ Und wenn Europa darüber zugrunde geht!

Lloyd George, der als guter Taktiker mit dieser Verfassung der Franzosen rechnete, hatte in seiner Eröffnungsrede daran erinnert, daß es nicht im Interesse Europas liege, wenn Deutschland ins Chaos verfiere:

„Es muß vermieden werden, Deutschland in das Chaos zu stürzen, in dem Rußland gegenwärtig darniederliegt. Wenn die sozialen Verhältnisse in Deutschland zerstört werden, so wird es sich infolge seiner Fähigkeiten und infolge des Temperaments seiner Einwohner als etwas viel Gefährlicheres erheben, als Rußland für seine Nachbarn ist.“

Was schiert das die Sachwalter des stumpfen französischen Rentners? Was Bolschewismus? Ist der Schuldschein weniger wert, dann mag der Bolschewismus, mag das Ende der Welt kommen!

Poincare, der nun das Kabinett bildet, ist diesem Zustande Frankreichs persönlich enger verbunden als Briand. Er und sein Kabinett werden sich mit aller Macht gegen Zustände in der Reparationsfrage wenden. Poincare wird die bekannte Entschlieung des Senats zur Grundlage seines Verhältnisses in der Reparationsfrage und zu dem Problem einer europäischen Verständigung machen. Ueberflüssig zu bemerken, daß hier unendliche Schwierigkeiten entstehen.

Das ist die Lage, und es entsteht für uns die Frage, was daraus für Deutschland folgt. Wenn in hoffnungsvollen Gemütern die Auffassung Platz gegriffen haben sollte, daß wir in der Behandlung der schwebenden Fragen von England etwas zu erwarten hätten, so findet auch diese Annahme keine solche Stütze in den Verhältnissen. England ist mit Frankreich — trotz mancher trennenden Auffassungen und Tatsachen — viel zu eng liiert, und dann ist es sein Lebensinteresse, die Möglichkeiten zu unterbinden, auf denen das verhältnismäßige wirtschaftliche Gedeihen Deutschlands heute beruht: es möchte uns höhere Kohlenpreise diktieren, möchte uns zur Aufstellung von Eisenbahntarifen veranlassen, die das deutsche Wirtschaftsleben aufs schwerste treffen, der Betätigung der deutschen Wirtschaft im Auslande werden die stärksten Fesseln angelegt, um nur die verhängnisvollsten Dinge zu nennen.

Es scheint nun, daß die deutsche Regierung ihre Taktik nicht genügend auf diese Dinge eingestellt habe. Wir vermögen die Auffassung nicht zu unterdrücken, daß es auf die forderungsvollen und tatenlustigen Kreise Frankreichs ernüchternd gewirkt haben würde, wenn nun mit einem ganz bestimmten Angebot, das unsere Kräfte entsprochen hätte, an die Konferenz herangetreten wäre. Darüber hinaus aber hätte man eine Beschickung nur unter der Bedingung einer völligen Gleichberechtigung unserer Vertreter zuzugestimmt. Wir können uns des Eindrucks nicht erwehren, daß die Akzeptierung der von den ehemaligen Kriegsgegnern uns zugemuteten politischen Paria-tolle uns politisch geschadet hat. Das gelegentliche Beschleichen des Feindes hat keinen Zweck gehabt. In der psychologischen Behandlung der Nachkriegspolitik sind wir den Gegnern abermals unterlegen. In der letzten Zeit mehrten sich die Ansichten dafür, daß unsere Haltung in der Welt der Verlust des Krieges weniger abträglich gewesen ist als unser Verhalten den sogenannten Siegern gegenüber.

Auch die deutsche Arbeiterkraft und die deutschen sozialistischen Parteien sollten die Gefahren nicht übersehen, die gerade für die schaffenden Klassen in dem Vorstoß des französischen Rentnerstums liegen. Mit der deutschen Wirtschaft werden zugleich Gegenwartsrisiken und Zukunftshoffnungen der Arbeiter bedroht. Es mehrten sich auch innerhalb der Arbeiterkraft täglich die Stimmen, die dies aussprechen. Und es wird vielleicht nicht lange dauern, bis die Arbeiterkraft diese Bedrohungen mit aller ihr innewohnenden Energie wird abwehren müssen.

Devisen-Kurse.

		Berlin, 14. Januar.	
		Amtliche Devisennotierung an der Berliner Börse.	
		14. Jan.	13. Jan.
Amsterdam	100 fl.	6653.80	6993.—
Brüssel (Antwerpen)	100 Frs.	1426.05	1476.—
Kristiania	100 Kr.	2822.15	2987.—
Kopenhagen	100 Kr.	3611.85	3508.65
Stockholm	100 Kr.	4485.50	4755.25
Helsingfors	100 finn. Mk.	340.65	348.65
Rom	100 Lire	786.70	820.15
London	1 £	761.70	801.65
New York	1 Doll.	180.56	189.56
Paris	100 Frs.	1498.50	1587.45
Zürich	100 Frs.	3511.45	3681.80
Madrid	100 Pesetas	2697.30	2837.15
Wien	100 K.	6.48	6.98
Budapest	100 K.	29.97	30.06
Prag	100 K.	297.70	305.65

Schiffsverkehr im Lübecker Hafen.

Dampfer	Segler	Schiffname	Kapitän	Herkunftsport	Fahrzeit
Zugzeit					
Angekommen am 14. Januar.					
D.	Peter	Wiltmann	August	Narbus	1
S.	Anna	Oblion	Fredericia		1
Angekommen am 15. Januar.					
D.	Equin	Lange	Kennert	Stralsund	1
D.	Waldm	Wulff	Kopenhagen		12
D.	Edina	Grünmann	Helsingfors		3 1/2
D.	Edonan	Steenfeld	Kopenhagen		12
D.	Alv	ora	Haagemann	Holtenau	12
D.	Albert	Waldm	Nordm		1
S.	Günther	Albrecht	Korje		1 1/2
Angekommen am 16. Januar.					
D.	Gilund	Rauermann	Groden		1

Verantwortlich: Für Politik und Volkswirtschaft Dr. F. Leber; für Freistadt Lübeck und Reuillon Hermann Bauer; für Partei und Gewerkschaften August Schulz; für Interregional Heinrich Steinberg. Verleger: Heinrich Steinberg. Druck von Friedrich Meyer & Co., sämtlich in Lübeck.

Karstadt

Rudolph

Akt.-Ges.

Alle Reste und Restbestände, welche sich im Laufe des Jahres aus den verschiedenen großen Verkäufen angesammelt haben, sollen die 2. Woche unseres Inventur-Ausverkaufs einleiten. Wir stellen dieselben ab Montag, den 16. Januar, zum Verkauf.

Reste Reste

Ausgelegt auf Extratischen

Ausgelegt auf Extratischen

Rohnessel, Hemdentuch, Handtuchstoffe, Bettsatin, Flanelle, Velours, Schürzenstoffe, Hauskleiderstoffe, Musseline, Cheviot, Serge, Schotten, Gabardine, Popeline, Blusenstoffe, Seid. Bänder, Voile, Batiste, Perkal, Zephir, Kattune, Satins, Futterstoffe, Messaline, Paillette, Duchesse, Seidenstoffe gestreift und geblickt Chiffons, Samte, Gardinen, Tüllborden, Läuferstoffe

Restbestände

in fast allen Abteilungen vorhanden.

Mäntel aus warm., kar. Manteistoff, offen und geschlossen zu tragen ...	195 ^h
Mäntel aus reinwoll. Diagonalstoffen in vielen Farben .. Inventur-Preis	295 ^h
Mäntel aus reinwoll. Flaesch oder Diagonalstoffen, in verschiedenen Macharten Inventurpreis ..	450 ^h
Kleider aus genau. Vollstoff und Baumwollmusselin .. Inventur-Preis	168 ^h
Kostüme aus einfarbig. Cheviots, in verschied. Ausführungen .. Inv.-Preis	295 ^h
Kostüme aus dunkelblauen oder farb. Kammgarnstoffen, auf halbseiden Serge gefüttert .. Inventur-Preis	575 ^h
Kostüme aus dunkelblauen Kammgarnstoff in verschied. Ausführungen	950 ^h
Kostüme aus dunkelblauen Gabardine oder Kammgarnstoff, in modern. Macharten .. Inventur-Preis	1250 ^h
Kinderkleidchen aus gemustert. Waschstoffen, für 3-4j. Mädchen. ... Inv.-Preis	28 ^h
Kinderkleidchen aus weiß. gesticktem Vollvolle. für 3-6jährige Mädchen ..	89 ^h
Kinderkleidchen aus kar. halb. Stoff für 6-12jähr. Mädchen .. Inventur-Preis	98 ⁵⁰
Unterröcke aus Halbtuch, in vielen Farben und Ausführungen .. Inv.-Preis	89 ^h
Kleideröcke aus dunkelgr. Diagonalstoff mit Knopfgarnitur. .. Inv.-Preis	125 ^h
Kleideröcke aus kariertem grauem Wollstoff .. Inventur-Preis	158 ^h

Restposten

Tischtücher, Servietten, Geschirrtücher, Handtücher besonders billig

Damen-Spangenschuhe, div. Lederarten Inventur-Preis	85 ^h
D.-Schnürschuhe, Boxkalf u. Chev. verschied. Ausführungen, mod. Form	112 ^h
Damen-Stiefel, extra hohe Schäfte, elegante Form Inventur-Preis	92 ^h

Damen - Normalhosen, wollgemischte Qualität Inventur-Preis	49 ⁵⁰
Kinder-Höschen, natur, fein gestrickt Ia. Qualität Inventur-Preis	4 ⁹⁵
Kinder-Hemdhosen, Trikot, geringelt, 50 cm und 70 cm Inventur-Preis	9 ⁷⁵
Kinder-Hemdhosen, Normal, wollgem. 60 cm Inventur-Preis	19 ⁷⁵
Kassetten, 25 Bogen u. 25 Umschläge mit -Seidenfutter Inventur-Preis	10 ^h
Pack-Siegellack, braun, im Karton 8 Stangen Inventur-Preis	2 ^h
Rechnungsblocks, Quartformat Inventur-Preis	2 ^h
Brenners Original - Salizyl - Pergament Inventur-Preis Rolle	50 ^h
Toilette-Seife, 190-Gramm-Stück Inventur-Preis	7 ⁵⁰
Selbstbinder in verschiedenen Farben Inventur-Preis	95 ^h
Herren-Handschuhe, grau, gestrickt, Strapazier-Qualität Inventur-Preis	95 ^h
Herren-Handschuhe, dunkel, gestrickt, Wolle Inventur-Preis	2 ⁹⁵
Herren-Haarhüte, prima Qualität Inventur-Preis	125 ^h
Knaben-Wintermützen Inventur-Preis	16 ⁵⁰
Damen-Hutformen Inventur-Preis	25 ^h
Garnierte Damen-Hüte Inventur-Preis	75 ^h

1 Tafel Schokolade, 100 Gramm Während des Ausverkaufs	4 ³⁰
1 Pfund Kakao, lose Während des Ausverkaufs	24 ^h

D.-Pumps u.-Spangenschuhe, weiß u. beige Leinenstoff, genähte Ledersohle	38 ^h
Herr.-Arbeitsstiefel, stark. Kernalleder, reine Lederabs., Brandsohl. u. Kappen	138 ^h
Herren-Stiefel, Boxk., mod. bequeme Form, Goodyear Welt, Rahmenarbeit	275 ^h

Kopftücher, mit Fransen, schwarz Inventur-Preis	2 ⁹⁵
Tellermützen, reine Wolle, farbig Inventur-Preis	2 ⁹⁵
Sportstrümpfe, Stutzen mit farbiger Bordüre Inventur-Preis	4 ⁹⁵
Halstücher, 4eckig, schwarz und buntgrundig Inventur-Preis	4 ⁹⁵
Damen-Westen, schwarz, gestrickt Inventur-Preis	4 ⁹⁵
Wollschals, geflauscht gestrickt Inventur-Preis	9 ⁷⁵
Rodel-Garnituren, Mütze und Schal, reine Wolle Inventur-Preis	9 ⁷⁵
Sweater, Wolle gestrickt, mit Steh- und Umlegekragen, Gr. 40-45 Inv.-Preis	9 ⁷⁵
Sweater, Wolle gestrickt, mit Steh- und Umlegekragen, Gr. 50-55 Inv.-Preis	12 ⁷⁵
Damen-Handschuhe, farbig Trikot Inventur-Preis jedes Paar	95 ^h
Damen-Handschuhe, reine Seide, weiß 12 Kn. desgl. Zwirn Inventur-Preis	2 ⁹⁵
Damen-Handschuhe, Ia. Trikot Inventur-Preis jedes Paar	4 ⁹⁵
Kinder-Handschuhe, farbig, gestrickt Inventur-Preis	95 ^h
Kinder-Handschuhe, grau, mit gerauhter Manschette Inventur-Preis	2 ⁹⁵
Frauen-Strümpfe, 2x2 gestrickt schwarz Inventur-Preis	3 ⁹⁵
Damen-Hemdchen, fein gestrickt, Wolle Inventur-Preis	6 ⁹⁵

Restposten

Untertailen, Stickereiröcke, Kinder-Prinzessröcke, Korsette besonders billig

Burschen-Stiefel, Rindbox, vorzügliche Qualität, Größe 36-39 Inv.-Preis	118 ^h
Großer Posten	
Konfirmanden-Stiefel in verschiedenen guten Ledersorten, Gr. 36-39 sehr billig	

Freistaat Lübeck. Montag, 16. Januar.

Sozialdemokratischer Bezirksverband für Mecklenburg und Lübeck. An unsere Ortsgruppenvorstände richten wir die dringende Bitte...

Der Wert der Kleinsiedlung

nicht durch einen Artikel über Nahrungswirtschaftliche Organisationen der Gringärtel um die Städte in der Kommunalen Praxis dargestellt. Danach werden von 1/2 Millionen Beschäftigter auf kaum 25.000 Hektar jährlich für 1/4 Milliarden Markt Nahrungsmittel erzeugt.

Diese Ansicht deckt auch die Forderung der im Zentralverband der Kleingärtnervereine Deutschlands zusammengefaßten Mehrzahl der deutschen Kleingärtner, die als Grundbedingung zu jeder Mietwohnung einen Pachtgarten verlangt.

Waffenbeschlagnahme in den Rapp-Tagen.

Kolendes weiteres Interesse beanspruchende Urteil veröffentlicht die „Schleswig-Holst. Volksztg.“. Anlässlich des Rapp-Putsch haben am 15. und 16. März 1920 bewaffnete Arbeiter, unter ihnen der Parteigenosse Friedrich Krüskfeldt in Barsbek (Brohstei) Durchsuchungen von Wohnungen nach Waffen vorgenommen.

gelommen und haben in Abwesenheit des Besitzers von der Ehefrau die Herausgabe von Waffen geordert. Bruhn behauptete, daß keine Ehefrau die Herausgabe abgelehnt und nur auf die Drohungen der Arbeiter mit Gewalt ein Jagdgewehr herausgegeben habe...

Der Vorsitzende des Gerichtes leitete dem mündlichen Verhandlung vom 25. November 1921 am 2. Dezember 1921 ein Urteil kund. Das die Schöffenratskammer des Landmanns Borch abwand. In dem Entschlusssatzungen heißt es unter anderem, daß der Beklagte nach § 823 Abs. 2 BGB. und § 240 StGB. Schadenhaftig wäre, wenn ihn der Vorwurf eines schuldhaften Handelns träge...

Zum Schluß prüfte dann das Gericht die verbrauchliche Haftung des Genossen Krüskfeldt und kam zu dem Schluß, daß durch die Ablieferung des Jagdgewehrs an die unübliche Stelle, die Arbeiterkammer in Schönberg in Kalkstein, Krüskfeldt alles getan habe, um das Gewehr in Sicherheit zu bringen...

Die Lohnverhandlungen für die Werftarbeiter gekheitert. Die in Hamburg stattgefundenen Lohnverhandlungen für die Werftarbeiter lieferten an der vollständig ablehnenen Haltung der Vertreter der norddeutschen Gruppe des Arbeitgeberverbandes für die Schiffbauwerke...

Eine abermalige Milchpreiserhöhung ist seit Sonnabend eingetreten. Es wird jetzt von einem Teil der Händler 5,40 M. l. pro Liter gefordert. Die neue Erhöhung ist zurückzuführen auf das Treiben einer Reihe Produzenten in der Provinz Lübeck, die Lieferanten der Gemeinnützigen Milchversorgung sind.

Statistischer Monatsbericht über die Stadt Lübeck für Dezember 1921. Lübeck hatte nach der Fortschreibung des statistischen Amtes Ende November 121.261 Einwohner. Im Dezember kamen 47 durch Geburtenüberschuss und 131 durch Wanderungsgewinn hinzu, so daß Lübeck am Ende des Berichtsmontats 121.439 (Ende Dezember 1920: 118.769) Einwohner zählte.

Schiffsverkehr in Lübeck im Dezember 1921. Der Schiffsverkehr des Dezember wurde in der Ausfuhr beeinträchtigt von den Güterverrauen auf deutschen Eisenbahnen, welche vor allem Malienalter betrafen und bewirkten, daß diese nicht den Verlust haben erreichten. Die Einfuhr wurde beeinflusst von der Verletzung verschiedener nordischer Häfen, welche zur Folge hatte, daß Holzschleppern nur in geringer Menge eintrafen.

Die Entschädigung für Auslandschäden. Wie bekanntgeben, kauft die Bundesregierung für Auslandschäden am 30. Juni 1922 ab. Inlanddeutsche, d. h. Personen, die seit dem 1. August 1914 ihren festen Wohnsitz oder dauernden Aufenthalt im Gebiet des Deutschen Reiches gehabt haben, können Formulare zur Anmeldung ihrer Auslandschäden (Gewealtsschäden) bei dem Verband der im Ausland geschädigten Inlanddeutschen e. V. Hamburg 5, Steinartenplatz 8, einfordern.

Eine dunkle Tat.

Roman von Levin Schüling.

Das Gut Beckenburg liegt nahe bei dem Städtchen L. in Westfalen. Man geht an einem breiten Graben her, den ein Wald stier gewaltiger Kastanienbäume beschattet, wendet sich dann rechts und hat nun nach zwanzig Schritten eine tiefliegende Mühle, mit Rindengrillen dahinter, zu seiner Linken; zur Rechten das erste Tor des Gutes, zwei Steinsäulen, auf deren einer ein wappenhaltender Löwe, ein höchst blutdürstiges Ungeheuer lauert, während sein Nachbar, von der andern heruntergefallen, in dem Schiff des verpumpten Grabens liegt, von einer üppig grünen Vegetation umschlungen bedeckt.

„Über.“ sagte Johannes, „Ihr Mann? Der ist ja lange — er hat ja tote Augen!“ Johannes starrte den Schläfer an, der ihn mit hohlen schlafenen Augen aus den Rissen anblinzelte: es war nichts als eine Maske, über einem, wie es schien, ausgestopften Biebeswams befestigt, und eine Schlafmütze darüber.

„Herr.“ sagte sie, „ich bin eine alte Frau und weiß nicht, ob die Diebedahler oder ob ihr das Recht habt, auf dem Wege zu jagen; aber das weiß ich, daß ihr den Mann, so ihr da nennt, in Gottes Namen jaen lassen würdet, wo er will, wenn ihr leben könntet, was ich leben.“ „Was habt ihr gesehen, Margaret?“ sagte Drieh geirant.

Den die vorstehenden Ausführungen keine Gültigkeit. Eine endgültige gesetzliche Regelung für diese Schabensgruppe hat noch nicht stattgefunden. Es kommen daher auch weiterhin für Liquidationsfällen lediglich die zur Genüge bekannten Vorentscheidungsbestimmungen in Betracht.

Von der Schifffahrt. Norwegische Maßnahmen gegen den Sprit-smuggel. Es sollen künftig in den norwegischen Gewässern Schiffsfahrzeuge, die der Küstfischung zum Stapen nicht nachkommen, ohne weiteres beschlagnahmt werden. Durch die Überhandnahme des Alkohol-smuggels sieht sich die norwegische Regierung zu schärferen Maßnahmen gezwungen.

Die Ausstellung des Vereins zur Förderung der Geflügelzucht in Friedrichsbad gab wieder einmal Gelegenheit, den hohen Stand der Geflügelzucht kennen und bewundern zu lernen. Für den Laien wird es schwer, unter den 500 Hühnern und Hähnen ein zufriedenstellendes Urteil zu fällen, denn alles, was hier hinter den langweiligen Käfigen ausgestellt war, ist reiner Erfolg. Etwa 70 Aussteller aus Lüneburg und nächster Umgebung wetteiferten mit ihrem Zuchtmaterial. Weiße, schwarze, gelbe, rufhühnerartige, goldgeprenkelte, silberglänzende Hühner boten jedem Besucher einen wirklich schönen Schaugenuss. Alles war nach Rasse und Farbe wohlgeordnet und erhöhte so die Wirkung. Der Prämienkommission wird die Arbeit nicht leicht gemacht. Bei diesem Prämienmaterial hätte es sicherlich schwer, das Allerbeste unter dem Besen auszuwählen. Es waren denn auch recht viele Käfige mit Preisen bedacht. Lebende Anerkennungen, so weit wir wahrnehmen, mit Recht wohl auch allen übrigen Ausstellern zuteil geworden. Interessant ist ein Bild in den Katalog, der u. a. auch die Verkaufs-(Geld)-Preise enthält. Danach kosten z. B. gelbe Orpington von 120 bis 500 Mk., das Stück, ein Hahn gar 1000 Mk., Plymouths Rocks von 200-600 Mk., zu haben. Reichshühner für 600 Mk., weiße Spanisches von 250-3000 Mk., schwarze im Durchschnitt von 500-1200 Mk., helle 350-1000 Mk., Rhodoländer 100-1000 Mk., schwarze Minorca 200-1000 Mk., Andalusier 500-1000 Mk., rufhühnerartige Italiener 100-1500 Mk., weiße Rheinländer 200-2000 Mk., schwarze 500-600 Mk., Hamburger Gohlsprentel 1000, Hamburger Silberlack 200-1200 Mk., neumodische ruffhühnerartige Zwerghühner 1000 Mk. usw. Es ist hierbei aber immer in Betracht zu ziehen, daß es sich um erstklassige Ausstellungsmare handelt, die für den Züchter selbst von hohem Werte ist. Gänse und Enten waren ebenfalls in schönen Exemplaren vertreten; auch deren Verkaufspreise bewachen sich von 300-2000 Mk. In einem besonderen Raum waren etwa 160 Tontenonen ausgestellt, herrliche Tierchen, deren auserlesene Tiere 500-2000 Mk. im Preise stehen. Die Ausstellung erfreute sich eines regen Zuspruchs und stellt dem Vereine ein gutes Zeugnis aus.

Großes Konzert im Gewerkschaftshaus. Die hiesige Ortsverwaltung des Deutschen Musikerverbandes veranstaltet am Sonntag, d. 5. Februar, und am Sonntag, d. 12. Februar, morgens 11 Uhr je ein Konzert mit 150 Musikern im Saal des Gewerkschaftshauses. Das erste Konzert bringt die G-Moll-Sinfonie von Brahms, Lob und Befestigung von Richard Strauß und die Tanzlieder-Duett für vier Stimmen. Schon heute sollte sich jeder Eintrittskäufer besorgen, denn die beiden Konzerte bedeuten in der Tat ein Ereignis. Der Eintrittspreis beträgt 5,50 Mk. inkl. Steuer. Das Konzert hat auch noch wahlärztlichen Charakter, da die gesamte Einnahme in die Unterstufenkasse der Ortsverwaltung und in die Kassenkassen der Orchester fließt. Der Vorverkauf findet wie gewöhnlich in den Warenabgabestellen des Konsumvereins und im Gewerkschaftshaus statt.

Die Volkshochschule richtet in dieser Woche noch weitere 23 Lehrgänge ein. Somit finden in diesem Unterrichtsabschnitt im ganzen noch 48 Lehrgänge statt; davon entfallen auf die Volkshochschulbildung 22, auf die Fortbildungskurse und Nachschulung 24. Die Zahl der einzelnartigen Lehrgänge ist also weiter zurückgegangen (62 im vorigen Abschnitt). Leider wird wohl die Rückentwicklung unvollständig sein, da die ungenutzten Kapazitäten der Volkshochschule ungenutzt bleiben. Die Kürzung hat nicht eine Abnahme der so schwierigen Härte- und Gelderhebung zu bewirken. Und dennoch müssen Mittel und Wege gefunden werden, den Niedergang aufzuhalten und wahre Volkshochschule zu pflegen.

Genetische Erbschaftsreform. Am 1. Februar 1921 wurden folgende Notizen bekannt gegeben: Minderjährig 1: 27.522, Minderjährig 2: 31.720, Arrestant: 14.329. Insgesamt wurden 73.571 Portionen Essen ausgegeben.

Angekauft und abgekauft wurden im Dezember gemeldet: 2817 Pferde (abgekauft 9), 5564 Pferde (abgekauft 1), 2999 Pferde (abgekauft 1), 10.000 Pferde (abgekauft 1). Ferner sind an Grippe und ihren Komplikationen 13 Personen gestorben.

Hinweis auf Versammlungen, Theater usw.

Stadttheater. Am Dienstag kommt „Wenn wir Toten erwachen...“ zur Wiederholung, Mittwoch zum letzten Male „Prinz Louis Ferdinand“. Am Donnerstag wird die Be-

Das Geldwunder der Milliarden.

Es ist leichter, in Schlössern, in Kirchen, Tempel oder gar Moscheen hineinzukommen als in die Börse, wenn man nicht zu den wenigen gehört, zu den Bankiers, Börsenvertretern und Käufern, die ein Recht auf Eintritt in diesen Tempel des Gottes Mammon haben. So imponiert der Börsenbau in der Berliner Hauptstraße sich auch ansieht, der Lärm hat gar keine Ahnung und auch keine Vorstellung davon, daß durch die Räume dieses Monumentales Jahr für Jahr ein Strom von unzähligen Milliardenwerten rauscht. In der Friedenszeit konnte man gegen Erlegung eines Eintrittsgeldes von den den Börsensaal umziehenden Tribünen herab den Treiben unten im Saal zusehen. Heute sind die Tribünen gesperrt, und man muß sitzen, wenn man etwas sehen und hören will, sich nach anderen Möglichkeiten einzulassen, umzusetzen.

In großer Saal.

Betrifft man den Börsensaal, der in seiner äußeren Länge von 103 Metern der größte heutzutage Saal auf dem europäischen Festlande ist, so bemerkt man sich des Raumes, der noch nicht übersetzt ist, eine absolute Verzerrung. Er findet sich in einem praktischen, jedoch geschlossenen Raum. Der Blick in die Weite wird zweimal durch doppelte Säulenarkaden gebrochen. Die Tiefenlänge des Saales wird durch diese Arkaden in drei Teile geteilt. In jedem findet die Fondsbörse oder Effektenbörse, die Börse der Wertpapiere, fast in dem dritten der Produkte, d. h. die Warenbörse. Rings um die ganze Länge und Breite des Saales laufen 96 riesige polierte Granitsäulen, die die Galerien tragen. In diesen stehen wiederum 96 Granitsäulen, die die Decke stützen. In den Nischen, die die Säulen bilden, sind Tische und Stühle, die an die Großbanken und Großbankiers vermerkt sind, und zwar zu riesigen Preisen. Die Höhe vom Fußboden bis zur Decke beträgt 20 Meter, so daß der eine Saal die Höhe einer ganzen Berliner vierstöckigen Allee hat. In diesem monumentalen Raum aber spielt sich das merkwürdigste und absonderlichste der Fremdlinge wohl gar abspühende Leben und Treiben der Börse ab.

Neu Oper „Carmen“ gegeben. Die Hauptpartien sind besetzt mit Fräulein Rehrhard als Carmen, Herrn Reimber als José, Herrn Szwedewski als Escamillo und Fräulein Büttner als Micaela.

Saus-Theater. Auf das heute Montag, abends 8 Uhr stattfindende Gastspiel der Hamburger Kammeroper in dem Drama „Herbert von den Meerestieren“ Das Friedensfest, dessen Erstaufführung vor einigen Tagen in den Kammeropertheatern in Hamburg stattfand, sei nochmals hingewiesen. Als achte Vorstellung im Dienstag-Abonnement gelangt „Die lustige Witwe“ zur Aufführung.

Das vollständige Konzert am 18. Januar im Gewerkschaftshaus sollte sich kein Musikfreund entgehen lassen. Karl Manns a edt sieht am Dienstagpult und bietet uns in lauter Erstaufführung die Entwicklung der Ballettmusik von Rameau bis Raffai. Die Rede zu diesem Abend, der sich die Mühe nicht in hochliterarischem Reide brummt, gelangt hier in Lübeck ebenfalls zum ersten Male zur Auswertung. — Der Saal ist gut

Angrenzende Gebiete.

Landesrat Lübeck. Amtlicher Mitglieder der sozialdemokratischen Fraktion. Donnerstag, d. 19. Jan. um 2 Uhr Sitzung. Um 1 Uhr Fraktionsversammlung zu der wegen der Wichtigkeit der Tagesordnung a. a. e. Mitglieder zu erscheinen haben. Verhandlung sofort beginnen, damit Gesamtsitzung der 6-nachrichtig werden können. Aus der Tagesordnung: Wahl des Vorsitzenden, Wahl des Landesparlamentarier, Vorstand a. d. Landesrat, Staatsrat a. d. Landesrat, Wahl des Landesparlamentarier, Wahl zum Verwaltungsausschuss, Ausbau des Landesparlamentarier usw.

Entsch. Getreidemenge. Der Landesvorstand weist darauf hin, daß bis zum 1. Februar 1922 der Reich der Umstände verlängert werden. Gegen Landwirte, die bis zu diesem Termin ihre Pflicht nicht erfüllt haben, muß sofort mit Enteignung und Zwangsverkaufsvorgang gehen. Die Landwirte werden aufgefordert, schon jetzt Vorbereitungen zur restlosen Ablieferung der Umlage zu treffen.

Hamburg. 100 Millionen Mark zur Förderung des Wohnungsbau. Zur weiteren Förderung des Wohnungsbau hat die dafür eingesetzte Senat- und Bürgerkommission beantragt, die für den Wohnungsbau im laufenden Jahre erforderlichen Geldmittel bald zur Verfügung zu stellen, damit die mit dem Gemeinnützigen Bauverein und baugeschäftlichen Privaten zu führenden Verhandlungen so frühzeitig abgeschlossen werden können, daß bei Eintritt der Bauperiode auch tatsächlich mit den Bauten begonnen werden kann. Der Senat beantragt daher, daß für Gewährung von Bauhilfsdarlehen an gemeinnützige Bauvereine und an Private 350.000.000 Mark der hamburgischen Behörde für Hypotheken zur Verfügung gestellt werden. Weiter sollen zur Errichtung von Staats bezugsberechtigten Wohnungen in Fintendörfer und auf dem Dülsberg einschließlich 4 1/2 Millionen zum Einbau von Dachwohnungen) 50 Millionen Mark bewilligt werden.

Hamburg. Internationale Seemannskongress. Wie bereits kurz gemeldet, trat am 11. Januar im Hamburger Gewerkschaftshaus eine Seemannskonferenz zusammen. Vertreten waren acht Organisationen aus sechs Ländern, und zwar: Belgien durch C. Maillmann, F. Chapelle, Deutschland durch J. Döring, K. Köhler, F. Mann, K. Lillenthal, K. Zeis, A. Tuch, C. Esler, E. Werner aus Danzig, Großbritannien durch Ben Smith, Ben Lille, J. Lewis, K. Cotter, Norwegen durch Erik Nielsen, Holland durch J. Brünigam, T. A. Hof, Schweden durch Erhard Eriksson, G. A. Haldin. Die Internationale Transportarbeiterföderation ist vertreten durch den Vorsitzenden Robert Williams, den 2. Vorsitzenden J. Döring und den Sekretär Edo Krümmen. — Der erste Verhandlungstag wurde durch Berichte der Delegierten über die Lage der Seeleute in den einzelnen Ländern ausgefüllt. Franz Köhler (Deutschland) wies besonders auf die schweren Mängel der deutschen Seemannsordnung und auf die schwierige Lage der deutschen Seeleute in fremden Häfen infolge des niedrigen Marktpreises hin. — Eriksson (Schweden) betonte, daß die Einzelorganisation für die Transportarbeiter und insbesondere für die Seeleute unbedeutend sei, da diese sich in einer noch schwereren Lage als die anderen Arbeiterkategorien befinden. — Cotter (Großbritannien) wies an Hand von Tatsachen nach, daß die eigentliche Ursache der Verzögerung unter den Seeleuten in den Ambitionen gewisser Persönlichkeiten wie Havelock Wilson zu suchen ist. — Darauf erstatter Chapelle (Belgien), Nielsen (Norwegen) und Brünigam (Holland) Berichte über die Lage in ihren Ländern. Döring machte Mitteilung von der Tatsache, daß Havelock Wilson, der Vorsitzende der Internationalen Seemannsföderation (ISA) und des nationalen englischen Seemannsverbandes durch Vermittlung von Guo Si anes, bei Gelegenheit von dessen kürzlichem Aufenthalt in London, versucht hat, in Verbindung mit der Sektion Seeleute des Deutschen Transportarbeiterverbandes zu treten. Sinnes selbst hat Döring diese Mitteilung gemacht. Das Schreiben, das Havelock Wilson in

dieser Angelegenheit an Sinnes gerichtet hat, wird verlesen. Die Konferenz drückt einmütig die stärkste Enttäuschung darüber aus, daß Havelock Wilson, der angeblich die Interessen der Seeleute vertritt, sich um die Verbindungen mit der deutschen Arbeiterorganisation weder aufzunehmen, nicht der Internationalen Seemannsföderation, nicht des Internationalen Seemannsbundes, oder irgendwelcher anderer Arbeiterorganisationen, sondern des schärfsten Feindes der deutschen Seeleute und der Arbeiterkategorie im allgemeinen, des trafen Vertreters kapitalistischer Interessen, des Mannes, der, wie er in der Kapitulierung mit Havelock Wilson noch einmal ausdrücklich betonte, einer der Hauptantreiber des unbeschränkten U-Boot-Krieges war, als Mittelsmann bediente.

Seemannsbörse. Die großen Fänge, die in unserer Bucht von Seelen und Spotten gemacht wurden, haben veranlaßt, daß etwa 100 Fischer mit ihren Gefährten von Trane mündig hierher gekommen sind. Einige Schweißarbeiten bereitete es, die fremden Gäste für die Nacht unterzubringen, doch gelang es, nachdem sich eine Anzahl Berufsgenossen bereit erklärten, mehreren Gästen Obdach zu gewähren. In den reichen Kaminen sind die Kaminröhren in erster Linie beheizt, doch auch die Wadenröhren werden nicht leer aus. In diesen reichen Kaminen nisten ist jetzt auch die Stadtbörse beheizt, indem sie für jedes Pfund Fische, das an der Schiffbrücke zum Verkauf gelangt, eine Abgabe erhebt, die an sich unbedeutend ist, aber bei der Masse der Fischbrühe doch zu erheblichen Summen answillt.

Stade. Wegen Lebensmittelfälschung an 100.000 Mark Geldstrafe oder 1 Jahr Gefängnis verurteilte das Schöffengericht Stade die Ehefrau des Gutbesizers Hobbelling in Lagerermühle bei Stade. Gutbesitzer H. hatte schon während des Krieges einen Milchlieferungsvertrag mit dem Milchhändler Seydorn in Hamburg. Schon im Jahre 1917 wurde wiederholt die Milch im Seydornischen Geschäft wegen Fettmangels beanstandet und H. auch wegen fahrlässiger Fälschung verurteilt. Es wurde schon damals feststellend, daß diese Milch von Hobbelling geliefert worden war. Hobbelling behauptete, daß nicht er, sondern seine Knechte den Rahm von der Milch haben. Es gelang einem Schweiher, die Frau des Hobbelling dabei abzufassen, als sie die gesamte Milch eben abgerahmt hatte. Auch ist Frau H. täglich von mehreren Arbeitern beobachtet worden, wenn sie mit einem Eimer nach dem Küchraum ging. In der Urteilsbegründung führte der Vorsitzende aus, die Tat sei eine ganz gemeine und könne nur mit ihrer Geldstrafe bestraft werden. Wahrscheinlich habe die Angeklagte ihre Mitmenschen in der gemeinsten Weise betrogen. Die Bevölkerung der Großstädte mußte für teuren Preis die Milch für ihre Kranken und Kinder kaufen und bekamen dann noch für ihr Geld Wasser geliefert. Wenn auch wohl vielfach von Landwirten in derselben Weise wie von der Angeklagten verfahren worden sei, jene leider nicht alle entdeckt werden, so müßten die Fälle, die bekannt würden, auch streng bestraft werden.

Gerechtheit.

(Zur den Inhalt dieser Kabrif übernimmt die Redaktion dem Publikum gegenüber keine Verantwortung.)

Hundsteuer.

Mit der Bekanntmachung des Postbeamten vom 31. 12. 21 wurde vorläufig die Steuer für das Jahr 1922 eingefordert und zwar bis 15. 1. 22. Der Hundehalter konnte also ruhig die vorläufige Steuer zahlen, ohne sich seines Rechtes zu begeben, wenn der Hund noch abzuschaffen. Dem Einkünfter, der sich zunächst nicht entschließen konnte, seinen Hund abzuschaffen, hat mit dieser Entscheidung, daß die zukünftig fällige Steuer von 50 Mk. fürs Jahr entrichtet, doch mit dem Vorbehalt, falls die Steuer zu hoch festgesetzt würde, alsdann noch den Hund abzuschaffen zu können. Ihm ist bei Zahlung der Hundsteuer aber entgegen, wer die 50 Mk. nicht zu bezahlen, die später am Ende des Jahres maßgebend erhöht werden Hundesteuer nachzubringen. Der Einkünfter kann dieser Auffassung keineswegs folgen. Das freie Entscheidungsgewalt, ob er den Hund auch bei erhöhter Hundsteuer behalten will oder nicht, muß beim Hundehalter bleiben, wenn er erit steht, auf wie hoch die Steuer festgesetzt wird. Eine sogenannte Einkünfter muß dem Hundehalter bleiben, nach Festsetzung der erhöhten Steuer, auch dann noch im Laufe des Jahres den Hund abzuschaffen zu können, um dadurch von der erhöhten Steuer frei zu werden. Er hat ja die vorläufige Steuer schon entrichtet, und wenn er später den Hund ganz abschafft, dadurch die 50 Mk. aufs Spiel gesetzt.

Das Parlament der Schreienden.

Der erste Eindruck, den der Eintretende erhält, ist: Lärm, gleichmäßig wogender bransender Lärm. Nicht etwa das Singen und Summen einer sprechenden Menschenmenge, sondern der um das vielfache verstärkte Lärm, der von einer zweitausendköpfigen schreitend laufenden, laut sprechenden und schreienden Menge herrührt. Und wenn gewisse Zeitungen sich zugeben stillschweigend über das „unwürdige Schauspiel“, das ein lautes Parlament bietet, so sieht man hier ein Parlament — das Wort bedeutet nichts anderes als: Körperlichkeit der Schreienden —, das ohne Ausnahme drei Stunden und länger larmt, und das alles, weil es so nötig und notwendig ist. Hat man sich ein wenig an diese fürchterliche Erscheinung des unausgesetzten Lärmens gewöhnt, so sieht man sich die einzelnen an und macht dabei sehr bald die merkwürdige, aber sicher nicht unwichtige Beobachtung, daß sich an diesem Lärmen und besonders von den konservativen Zeitungen so sehr verpöbten und lächerlich gemachten Treiben außerordentlich viele Männer mit ganz ausgeprägtem archaischem Typus beteiligen. Hier an der Börse, die von der rechten bösartigen wieder und immer wieder als ausschließliche Domäne des Judentums hingestellt wird, erkennt man, daß das Kapital gar keine Klassen- und Konfessionsunterschiede kennt. Es wird auch dieser Lärmbühnen der Reaktion als plumper und dumme Schwund entlarzt.

Warum der Lärm?

So wird man fragen. Er entsteht aus der Notwendigkeit der Käufer und Verkäufer von Waren und Wertpapieren, Angebot oder Nachfrage erkennbar zu machen. Ganz besonders scharf tritt dieser Vorgang auf dem Markt der unnotierten Werte zutage, d. h. der Wertpapiere (Aktien usw.), die offiziell an der Berliner Börse nicht gehandelt und im Kurszettel auch nicht notiert werden. Da für diese Papiere auch kein Maller vorhanden ist, so bleibt den Käufern und Verkäufern gar nichts anderes übrig, als sie anzurufen. Wer sich mit seiner Ware bemerkbar machen will, der muß schreien können wie ein Jahrmarktserzähler. Angenommen nun, eine nutzbringende außerpolitische Nachricht wird lähmend auf die Käufer, aber angewandt auf die Verkäufer, so ergibt sich folgendes Bild: In allen Teilen des Reiches sind die Besitzer

der Wertpapiere ängstlich geworden, sie wollen sie verkaufen, um bares Geld in die Hände zu bekommen und besonders um einen Verdienst zu machen, weil sie die Papiere weit billiger eingekauft haben. An den Berliner Banken strömen die Verkaufsaufträge aus dem Reich zusammen. Die Banken wieder beauftragen ihre Börsenvertreter, die Papiere anzubieten. Das tun sie nun. Sie setzen aber, daß von allen Seiten Verkaufsangebote zusammenströmen. Nun bekommen sie es mit der Angst. Sie müssen verkaufen, denn die Besitzer verlangen es. Es sind aber nur sehr wenige Käufer da, und nun schreien sie ihr Angebot in alle Winde und lassen wieder und immer wieder eine Kleinigkeit nach. Das Sinken der Kurse, d. h. der Preise, erzeugt Panik. Jeder will verkaufen, um sich und seine Auftraggeber vor Verlusten zu schützen. Jeder preißt seine Ware an, immer lauter, immer eindringlicher. Das Schreien wird zum Brüllen, das Brüllen zum Toben. Ein Orkan, von Menschenstimmen erzeugt, durchbebt die Räume. Eine Wahnsinnsorgie scheint ausgebrochen. Die Reihen werden heißer und freischer. Schweiß rinnt in Strömen von den Gesichtern. Sprich in diesem Augenblick deinen besten Grund an und er wird dich nicht retten. Er ist nicht mehr er selbst, er ist der willenlose Sklave des Gottes Mammon. Er hat nur einen Gedanken: Der Kurs sinkt! Ich verliere mein Geld. Mo tes von dem Papier, los, nichts als los!

Ruhe erst am Spätnachmittag.

Von vormittags um 11 Uhr bis nachmittags um 2, oft aber bis 3 oder 4 Uhr und noch länger zieht sich die Börse hin. Während dann die vielfach noch sehr jugendlichen Börsenvertreter — man sagt, auch sie spekulieren alle — zu den Banken eilen, um über die Erledigung der Käufe und Verkäufe zu berichten, geschmigen die Könige und Fürsten der Börse im Börsenrestaurant einen lästigen Imbiß und fahren in ihren eleganten luxuriösen Automobilen, die draußen in langer Reihe harren, wohl noch einmal ins Geschäft, dann aber eilig nach Hause. Dort muß ein erlebtes Dinner mit anschließender Ruhe den Nerven wieder die Spannkraft verleihen, die nötig ist, um, vielleicht noch am selben Abend im Kreise der Geschäftsfreunde das weitere Spiel mit den Milliarden und um die Milliarden vorzubereiten.

(Vorwärts.)

Gewerkschaften.

Alle Forderungen ablehnen! Der bekannte aünstige Wind hat unserm Günstiger Bruderblatt ein Rundschreiben des Zentralausschusses Leipziger Arbeitgeber-Verbände auf den Tisch gelegt: Obwohl die Teuerungswelle seit Anfang Dezember zu einem Stillstand gekommen ist, erheben die Gewerkschaften schon wieder, also seit Ende August d. Z. zum vierten Male, neue Forderungen, die sich in einer Höhe von 30 bis 50 Prozent bewegen.

Es bedarf nach unserer Ansicht gar nicht erst eines besonderen Hinweises, daß diese Forderungen diesmal unter allen Umständen abzulehnen sind. Wohl alle Tarifparteien haben die letzte Teuerungswelle, die etwa im November zu beobachten war, ausgeglichen durch ganz gewaltige Lohnerhöhungen.

Aus aller Welt.

Der erprobte Herrentragen. Auf einer Straßenbahnfahrt nach Neukölln bei Berlin wurde an einer Kurve ein auf dem Hintereck des Wagens stehender Herr, der sich eben eine Zigarre angezündet hatte, gegen die anderen Fahrgäste geschubdert.

Meuterei im Götlicher Zuchtshaus. Nach zweitägiger Verhandlung gegen sieben Zuchtshausinsassen wegen Zusammenrottung und Ausbruchversuchs, der am 12. März 1921 gegenläufig eines Spaziergangs im Göttinger unternehmen wurde, verurteilte das Schwurgericht den Hauptsträdelnehmer Schmidt, der noch eine langjährige Zuchtshausstrafe zu verbüßen hat, zu einem Jahr Gefängnis.

Gefängnis wegen Preisstreiberi. Die Strafkammer in München verurteilte den Inhaber der großen Konfektionsfirma Bach wegen eines Vergehens der Preisstreiberi zu fünf Monaten Gefängnis und 200 000 Mark Geldstrafe und den Kosten des Verfahrens.

Explosionskatastrophe in Ungarn. In einer heimlichen Fabrik des ehemaligen Gefangenenlagers in Budapest entlief eine Explosion. Die Mauern des Gebäudes stürzten ein. Unter den Trümmern liegen eine ganze Anzahl von Opfern der Katastrophe.

Theater und Musik.

Stadttheater.

Wenn wir Toten erwachen, ein dramatischer Epilog in 3 Akten von Henrik Ibsen. Ich erinnere mich noch sehr genau eines Abends, als Ibsens Bekanntheit sich in der der Kreis die Bilanz seines ganzen dramatischen Schaffens zieht, an unserem Stadttheater zum ersten Male aufgeführt wurde.

Nach dem Abendessen war's — Hölzerlin besuchte die Mutter seiner Zöglinge auf ihrem Zimmer. „Willkommen, Herr Hölzerlin!“ sagte Frau Gontard, reichte ihm die Hand zum Kusse und wies auf den Sessel, wo er Platz nahm.

Hölzerlin und seine heimliche Maid.

Aus einem neuen Hölzerlin-Roman von Bruno Wille.

Nach dem Abendessen war's — Hölzerlin besuchte die Mutter seiner Zöglinge auf ihrem Zimmer. „Willkommen, Herr Hölzerlin!“ sagte Frau Gontard, reichte ihm die Hand zum Kusse und wies auf den Sessel, wo er Platz nahm.

„Recht so, daß Sie den Plato mitgebracht haben! Mein Mann ist in seiner Erholungsgeellschaft — wir haben wieder ein Stündchen für uns. Und Henry? Hat er seinem Hofmeister etwas Freude gemacht?“

leimt hat, die gar nicht aneinander passen — und wenn die Menschenwelt so tut, als sei ihre Ehejahre, das zeremonielle Zusammenleimen, so heilig wie jene Ehe, die im Himmel geschlossen ist, von Ewigkeit zu Ewigkeit? — Ach, Hölzerlin, lieber Hölzer, was soll man dazu. . . Wie? — Gott!“

Frau Gontard, die schon bemerkt hatte, welche Unruhe im Anzuge sei, hatte Hölzerlin, der um diese Zeit keine Zöglinge im Blauen Zimmer zu unterrichten hatte, für eine kurze Unterredung auf ihr Zimmer gebeten. Raum hatte sie bekommen, ihre Sorge zu äußern, als Gontard die Tür aufziff, barhäuten Schrittes vor das Paar hinstat und Hölzerlin, indem er ihn mit rollenden Augen von oben bis unten maß, herausfordernd ansah: „Sitzt der Mensch schon wieder bei meiner Frau!“

Erbleichend war Diotima aufgesprungen — zwischen die Männer, die feindselig einander anstarrten, trat sie als Schranke und suchte Gontard zu beschwichtigen: „Aber Jacques! Vor fünf Minuten ist Herr Hölzerlin aus dem Blauen Zimmer, wo er am Unterrichten war, hierher gekommen, weil ich ihn darum gebeten hab.“

Gontard, dem solche Einrede die Rolle, die er sich zurechtgelegt hatte, einigermaßen verwirrt, hielt sie eigenmächtig fest und schauzte: „Ja, nimm ihn unter deine Flügel! Häßliche ihn nur! daß er sich noch mehr herausnimmt! Für meine Kinder hab' ich ihn engagiert, nicht für meine Frau! Er soll sich keiner Tugenden bewußt bleiben und sich nicht einbilden, er sei mehr als einer meiner Bediensteten!“

Diese ausgefuchst beschämte und trübende Rede machte Hölzerlin so fassungslos, daß seine Lippen bebten, ohne daß er Worte finden konnte.

„Pst! Jacques!“ flammelte Diotima, gewann aber gleich darauf eine Haltung, die ebenso würdevoll wie sanft war, und wandte sich an Hölzerlin: „Ja, Sie haben Grund, sich verletzt zu fühlen; verzeihen Sie diese Szenen! Ich sehe selbst ein, es geht nicht, daß Sie länger hier bleiben.“

Die Faust auf sein pochendes Herz gepreßt, rang Hölzerlin nach Atem — durch halbgeschlossene Augenlider flüchtete ein graues Aer Abschiedsbild, und — noch immer wortlos — schritt er hinaus.

Holz geschnitten als jüngerer Pfarrer Brand. Die stärksten Wirkungen gingen jedoch von Paulie Winds aus, die in der Irene eine Gestalt von wuchtigem Format schuf. Elisabeth Thiel erfreute als Maja durch frische, natürliche Darstellung. Den Bärenjäger gab Walter Brandt. In der Maske zu viel der bekannte Sonntagshörer aus illustrierten Blättern, schickte ihm im Spiel die Urwürdigkeit und das überhäufende Kräftemaß.

III. Beethoven-Abend.

Im Logenlokal gaben Sonnabend Konzertmeister Hans Milles und Rudolf Ehre aus Berlin ihren dritten Beethoven-Abend. Sie spielten drei Violinsonaten: Opus 23 und die Nummern 1 und 2 von Opus 30. Die selbige Technik Millies' feierte auch diesmal triumphal. Er wußte seiner Bioline Töne von so wunderbarer Rundung und Tonfülle zu entlocken, daß ein müßiggelasteter alter Herr, der unmittelbar hinter mir saß, ganz mit Recht sich immer von neuem zu lauten Worten des höchsten Lobes hinreißen ließ.

Statistik der Lebensmittelpreise in Lübeck.

nach den Ermittlungen des Statistischen Amtes vom 13./14. Januar 1921.

Table with multiple columns listing food items (e.g., Rindfleisch, Kalbfleisch, Schweinefleisch) and their prices in different units (e.g., per 100 lbs, per 5 lbs).

Gereizt durch den Schmerz, den seine Frau nicht länger verhehlen konnte, knurrte der Bankier: „Du denkst wohl, ich soll ihn um Verzeihung bitten? ha! das sehtest noch! ich bin froh, daß ich diesen arroganten Narren los bin!“

In Matthiassons friedliche Dichterstube zu Stuttgart tritt ein Vagabund — Gestalt und Haltung sind ihm wie die Kleidung gerüttelt. Aufschlugend preßte Diotima ihr weißes Tuch an die Augen. Ihre Schwäche auszunutzen, posierte er weiter: „Dein Verzeihen mit ihm hört also auf! Auch keinen Briefwechsel duld' ich.“

Den Zerbrochenen schafft man nach Kärntingen ins Mutterhaus. Aber statt hier Trost zu finden, erhält er den fürchterlichen Schlag, den ihm das Schicksal verhehen konnte: Sinclair teilt brieflich mit: Diotima ist tot!

Am 22. Juni war Eslette Gontard gestorben — „an den Nieren“, die sie sich beim Pflegen ihrer daran erkrankten Kinder zugezogen hatte. Die Kinder genasen, aber der Kinderkrankheit erlag die Mutter. Durch ihr Gemütsleiden, durch die Trennung von ihrem „Hölzer“ und die wachsende Sorge um sein Befinden war ihre körperliche Widerstandskraft gemindert worden.

„Gott sei Dank“, sagte der Freund hinzu: „Trost weiß ich Dir keinen besseren zu geben, als Du selbst hast. Du glaubtest an Unsterblichkeit, da sie noch lebte — Du wirst gewiß jetzt mehr daran glauben, daß das Leben Deiner Liebe sich vom Vergänglichem geschieden hat.“

(Die vorstehenden Abschnitte entstammen einem neuen Roman „Hölzerlin und seine heimliche Maid“ von Bruno Wille, dem erfolgreichsten Romandichter, der so lange geschwiegen hatte und jetzt mit dieser neuen Gabe hervortritt. Das Werk erscheint im Verlag von Carl Reißner in Dresden, der uns diese Abschnitte zur Verfügung stellt.)

